

# Die Gewertschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in  
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

XXIX. Jahrgang

Berlin, 10. Juli 1925

Nummer 28

## INHALTSVERZEICHNIS

Zur Organisationsfrage der deutschen Gewerkschaften . . . . .	E. D.
Sozial- und Kommunalpolitisch-feindliche Bestrebungen in der Heidelberg Holzindustrie A.-G. . . . .	F. R.
Was hemmt uns? . . . . .	G. Döbert
Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter im Jahre 1924 III (Schluß) . . . . .	
Verbandstag des Deutschen Eisenbahnerverbandes . . . . .	D. St.
Die Tarifkommission der Reichsarbeiter . . . . .	
Das Deutsche Museum in München II (Schluß) . . . . .	Kaver Ramrowski
Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter • Betriebsräte Aus unserer Bewegung • Internationale Rundschau Technik und Wirtschaft:	
Moderne Wasserturbinen . . . . .	
Moderne Abwasserklärung . . . . .	H. Mohr
Moskauer Wasserwerke . . . . .	M.
Unfallverhütung • Elektrizitätswesen • Rundschau.	



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SO 33, Schleifische Straße 42 / Telefon: Moritzplatz 3105/06, 119 44

**Garderobe**  
aus Teilzahlung  
**Herrn Damen**  
Anzüge, Hosen, Paletots, Kleider  
Ulster, Paletots, Kostüme, Röcke  
Gute Ware / Solide Preise  
Große Auswahl  
**M. Reiser, Berlin**  
im Norden: Lohninger  
Straße 67 / im Osten:  
Frankfurter Allee 338.



Ist das Zeichen, Kokonaist der Name des Reinigungsmittels für Alle und Alles, eine milde, wirkungsvolle Paste an Stelle von Seife, Blitblank, Bimsstein, Sand, Kokona hilft der Frau bei allen häuslichen Reinigungsarbeiten, Aluminium und Hausgerät wird blank, die Hände sehen trotz schmutzigster Hausarbeiten durch Kokona wieder sauber und gepflegt aus, Kokona bereitet dem Mann vom Arbeitsschmutz. Auch die starke Arbeitshand des Mannes soll schön und gepflegt sein, gleichgültig ob Arbeiter oder Sportsmann. Kein geheimnisvoller, unkontrollierbarer teurer Schönheitscreme. Ganz billig, Aengstliches Sparen unnötig. Versand erfolgt verpackungs- und postfrei bezw. frachtfrei gegen Voreinsendung oder Nachnahme des Betrag. Ladenpreise: Dose Größe I — 1 Pfd. 0.50 M., Größe II — 200 g 0.30 M., Versandpreise: Dose Größe II — 200 g 0.35 M., Größe I — 500 g 0.75 M. Post-kost enthältend 20 Dosen Größe II 0.20 M. oder 6 Dosen Größe I 0.30 M., Bahnkiste: 100 Dosen Größe II 30 M. oder 50 Dosen Größe I 25 M. Emaille-eimer, 7.5 kg Inhalt, 4.50 M. Wiederverkäufer Rabatt. Bestellung von Betrieben welche d. Belegschaft Reinigungsmittel zu stellen haben. Heinenwerk G. m. b. H., Berlin b 9, Magdeburger Str. 6, Kart. 6366.

**Kennen Sie Kaiser's**  
Wäschepreise? Sofort verlangen! Oberhemd mit 2 Kragen nur 5.50 M. Limon-Bettgarnituren, 3 teilig nur 11.50 M. H. Krause Kaiser, Oberlichtenau, Bez. Dresden.

Wohle Musik treiben —  
Nur die Dörfel schreiben!  
**MUSIK**  
Instrumente  
Für Orchester, Schule und Haus  
Verlangen Sie Preisliste  
**MAX DÖRFEL**  
Klingenthal i. Sach. Nr. 30

**Käse-**  
Fabrik  
Großhandel  
Import  
Lieferant von ca. 2500 Sorten, bester u. Braunschweig. Thäl. Art, Laib v. ca. 9 Pfd. 58 Pf. je Pfd. Württembergische, Käse v. ca. 6 Pfd. 68 Pf. je Pfd. Holländische Laib v. 15-25 Pfd. 85 Pf. je Pfd. Käse, v. ca. 4 1/2 Pfd. 52 Pf. je Pfd. Franko Versand. Verpackung. Nur reelle Ware. An Rechnung 14 Tage Zins. Gegr. 1910.

**C. Armbruster,**  
Altrahndorf Nr. 6 (Holstein)

**Kollegen!**  
Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß unverlangte **Nachnahme-Sendungen** die die Post verlegt, **nicht eingekostet** zu werden brauchen. Es besteht also keinerlei Verpflichtung, Nachnahme-Sendungen, die nicht bestellt sind, vom Postboten durch Bezahlung anzunehmen.

**Republik Europa**  
von  
**Otto Lehmann-Rußbildt**  
Preis 1.— Goldmark  
**Der Krieg im Jahre 1930**  
von  
**Generalmajor von Schoenalech**  
Preis 0.50 Goldmark  
**Vom vorigen zum nächsten Krieg**  
von  
**Paul Freiherr von Schoenalech**  
200 Seiten.  
Preis brosch. 2.— Gm., in Halbleinen 3.— Gm.

**Die Welt will betrogen sein.**

Diese alte Wahrheit braucht eigentlich niemandem wiederholt zu werden, denn jeder hat sie am eigenen Leibe mehr oder weniger erkannt. Ganz besonders auf dem Gebiet der Krankheitsbetämpfung macht sich heute eine durch große Reklame injizierte Ankündigung von allerlei Geheimmitteln breit, die dem Kranken seine Zustände in mehr oder weniger schreckhafter Weise vor Augen führt.

Unzählige Menschen, wahrscheinlich auch Sie, werden schon oft genug an Kopfschmerzen, Herzklappen, Hautausschlag, Müdigkeit, Reizbarkeit, Flimmern vor den Augen, Schwindelanfällen, Krämpfen, schlechter Verdauung, Appetitlosigkeit, Blutandrang, Nachtweihen, Leiden des Herzens, der Nieren, der Galle, der Leber, Nist, Zuckerkrankheit, Korpuskular, Hämorrhoiden, Fiebers, Ausschlägen, dauernden Katarrhen des Halses, der Nase, der Ohren, der gefährdeten Arterienverkalkung, langwierigen Beinleiden, Husten, Durchfall, Reizung zu Erkältungskrankheiten, Stuhlträgheit, Blennorrhöen, bligartigen, stehenden Schmerzen in verschiedenen Körperteilen, Gefühl statternder Bewegungen usw. gelitten haben. Alles mögliche haben Sie versucht, ohne zu wissen, daß Sie die Sache am falschen Ende angefaßt haben. Alle die genannten Beschwerden haben ihre Grundursache in einer verkehrten chemischen Zusammensetzung des Blutes. Wie wichtig das Blut für die Erhaltung des Lebens ist, wird jedem Einsichtigen klar sein. Sie können daher alle die genannten Beschwerden und noch viele andere nur dann erfolgreich bekämpfen, wenn Sie die Grundursache, die falsche chemische Zusammensetzung des Blutes, beseitigen und dafür sorgen, daß Ihr Blut wieder normal zusammengesetzt, frisch und rot durch Ihre Adern pulst. Beseitigt wird diese Grundursache aber nur, wenn Sie dem Blut die richtige chemische Zusammensetzung zurückgeben. Dies gelingt Ihnen am schnellsten mit dem **Salvia** von Dr. med. Robert Hahn & Co., G. m. b. H., Magdeburg. — Jeder, der an einer oder mehreren der vorgenannten Beschwerden leidet, erhält kostenlos und portofrei eine ausreichende Probe dieses Mittels, sowie ein hochinteressantes Buch über die Ursache der meisten Krankheiten, welches wertvolle Belehrungen und Ratsschläge, sowohl für Kranke als auch für Gesunde, enthält. Dieses Buch müssen Sie unbedingt kennen lernen, und Sie erhalten sowohl die Probe als auch diese Schrift völlig umsonst und portofrei und ohne weitere Verbindlichkeit, wenn Sie heute noch eine Postkarte mit Ihrer genauen Adresse an Dr. med. Robert Hahn & Co., G. m. b. H., Magdeburg Fz. Js. 18, schreiben.

**Schweizerrohren**  
billig!  
Normale 1. verschleiß. System Rohre... L. H.  
Schweizerrohre mit bestmöglicher Ausführung, prima Werkstoff, Polierarbeiten... H. H.  
Nachnahme, Nummer, Postfach 68, Schwesungen a. H. Leipzig abg. Nummer 59/10.

**SEURD-RÄDER**  
  
**Enorm billig und doch gut!**  
Fordern Sie gratis und franko KATALOG von der SEURD-GESELLSCHAFT mb.H. CASSEL 107

Eine Dichtung von hinreißender Leidenschaftlichkeit  
**HEINRICH LERSCH**  
**MENSCH IM EISEN**  
Gesänge von Volk und Werk • Gebund. 4.50 Mk. in Ganzl. 6.— Mk.  
Deutsche Verlags-Anstalt • Stuttgart • Berlin • Leipzig

**TROTZKI 1917**  
DIE LEHREN DER REVOLUTION  
Herausgegeben von Dr. PAUL LEVI  
80. 80 Seiten. — Preis kartoniert 1.— Mark

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in  
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33  
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)  
Fernsprecher: Amt Marktplatz 11 944

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag.  
Bezugspreis:  
monatlich durch die Post 50 Pf.

## Zur Organisationsfrage der deutschen Gewerkschaften.



Wir haben jedesmal vor den Gewerkschaftskongressen in einer Reihe von Aufsätzen in der „Gewerkschaft“ die Richtlinien aufgezeigt, die nach unserer Meinung für die Zukunftsgestaltung der gewerkschaftlichen Form Deutschlands zweckmäßig wären. Dabei war niemals außer acht gelassen, daß eine gewaltsame Umstellung eines Teils an dem Willen der Mitglieder scheitern würde und anderseits auch bei der Mehrzahl der führenden Köpfe der Gewerkschaften auf den heftigsten Widerstand stoßen müßten. So erschien uns jederzeit das organisatorische Problem gleichzeitig als eine Erziehungsaufgabe, die vom Standpunkt der jeweiligen Erkenntnis der Gewerkschaftsmitglieder als auch ihrer verantwortlichen Funktionäre zu regeln sei. Von dem letzten Gewerkschaftskongress in Leipzig hat der Genosse Adolf Braun in einer Ausführliche gleichfalls ausführlich zu den Konzentrationsbestrebungen in unserer „Gewerkschaft“ Stellung genommen und seine Hinweise sind u. E. auch heute noch zutreffend. Wenn wir trotzdem gegenwärtig in der gewerkschaftlichen Organisationsfrage in ein neues Stadium gekommen sind, so darf man dies trotz allem als Verdienst der Beschlüsse des Leipziger Kongresses ansehen. Andererseits muß zugegeben werden, daß sich besonders in letzter Zeit rückläufige Bestrebungen bemerkbar machen, so daß die Berufsorganisationen in einer Anzahl kleinerer Verbände abscheidend wenig geneigt sind, sich zu Industrieverbänden zusammenzuschließen, wie die Urabstimmung der Mitglieder bewiesen haben bei den Dachdeckern, Kupferschmieden, Malern usw. Allerdings darf nicht vergessen werden, daß die Bedingungen bei diesen Abstimmungen überaus erschwerend sind. Nach den Statuten oder auch Beschlüssen sollen zumeist Zweidrittel der Abstimmenden oder sogar der Mitglieder für die Verschmelzung eintreten. Es wäre in den meisten Fällen sicher gelungen, in den Generalsversammlungen einfache Mehrheiten für eine Verschmelzung durchzusetzen, wenn dieses hinreichend demokratische System angewandt würde! Wir hätten dann jetzt bereits anstatt der gegenwärtigen 39 Gewerkschaften wohl höchstens noch 30, was immerhin zu begrüßen wäre. Wir müssen, bevor wir aber auf diese kritische Seite der letzten Erscheinungen eingehen, etwas weiter ausholen und dazu bedarf es einiger historischer Rückblicke.

Die Vorgeschichte der deutschen Gewerkschaften aus der Sunstzeit ist eine Geschichte der Berufe und Handwerksgehilfen. Keine ungelerten, ebensowenig angelernte Arbeiter galten im Gewerbe. Die Koalitionsverbote dieser Zeit bezogen sich ebenso nur auf Handwerksgehilfen. Andere Koalitionen kannte man nicht. Erst 1848/49, bei der „Arbeiterverbrüderung“, trat der Gedanke auf, auch andere Arbeitergruppen in die Organisationen einzubeziehen. Aber auch hier blieben Buchdrucker, Tabakarbeiter und andere scharf umrissene Handwerkergruppen die Hauptträger der gesamten Bewegung.

Als nun Anfang der 60er Jahre der Erwecker der Arbeiterkraft, Lassalle, auf den Plan trat mit seinem Offenen Antwortschreiben und seinem Arbeiterprogramm, da schlen es, als sollte die gesamte Arbeiterschaft erfasst werden. Vornehmlich politisch, aber auch gewerkschaftlich.

Die große sozialistische Gedankenwelt, die durch Karl Marx dann den Arbeitern vermittelt wurde, brachte wohl den führenden Personen die Erkenntnis bei, daß alle Arbeiter und Handwerker

zusammenstehen müssen, als Klasse gegen die Besthenden und Unternehmer sowie gegen den Staat, als dem Machtinstrument der bürgerlichen Klassen. In den deutschen Gewerkschaften wirkte sich diese Erkenntnis jedoch erst sehr langsam aus. Die Gründung der ersten deutschen Gewerkschaften erfolgte 1867/68, wiederum nur rein handwerklich nach Berufen gegliedert. Der Krieg 1870/71 vernichtete fast all diese Bestrebungen und als 1875 die Vereinigung der politischen Strömungen „Eisenacher“ und „Lassalleaner“ erfolgte, wurden wiederum nur neue Berufsgewerkschaften gegründet.

Zwölf Jahre Sozialistengesetz (1878 bis 1890) hielt die Entwicklung zurück. Da Gesetz und Polizei zentrale Gewerkschaften überhaupt nicht mehr gestattete, bildete sich als Notmaßnahme der Typ der Lokalorganisationen heraus, der noch jahrelang in der deutschen Gewerkschaft in Form von „Lokalisten“ gepufft hat.

Eine kräftigere Entwicklung setzte erst 1890 ein, als auch die Unternehmerschaft sich stärker organisierte. 1892 erfolgte die Gründung der Generalkommission in Halberstadt und damit die organisatorische Basis, auf der wir auch heute noch, wenn auch in etwas abgeänderter und verbesserter Form im ADGB stehen. Zwar erörterte Legien damals schon den Gedanken, die Berufe nach Industrieverbänden zu vereinigen nebst Un- und Angelernten, aber Legien konnte sich zur Befürwortung nicht durchringen. Es war schon viel, daß es gelang, dem zentralen Charakter zum Siege zu verhelfen. Die Lokalorganisationen sollten ausgehen in die Zentralverbände. Auch dieser Prozeß in der Entwicklung ging zunächst nur sehr langsam von statten. Immerhin wurden einige dieser Zentralverbände (Metallarbeiter, Holzarbeiter) sehr bald in Form von Industrieverbänden aufgezogen, d. h. man nahm auch angelernte und ungelernete Arbeiter der betreffenden Berufe auf. In dem Maße, wie sich die Maschinenindustrie in Deutschland entwickelte, und die ungelerten Arbeitermassen bald über 50 Proz. aller Industrien umfaßten, mußten sich zahlreiche Verbände dazu verstehen, Ungelernte und Angelernte in ihre Reihen aufzunehmen, wollten sie überhaupt im Kampf gegen die Unternehmer bestehen. Am stärksten entscheidend aber für die allmähliche Umgestaltung der deutschen Gewerkschaften waren wohl die drei großen Verbände, die in ihren Reihen vorwiegend ungelernete und angelernte Mitglieder aufwiesen, der Fabrikarbeiterverband, die Transporter und die Gemeindearbeiter. Hier wurde selbst gegenüber dem sogenannten Rutterlande der Gewerkschaften, England, etwas völlig Neues geschaffen (das später von ihnen für einige Gruppen, z. B. Doctarbeiter, nachgeahmt wurde). Diese drei Verbände der vorwiegend Ungelernten haben im Laufe der Entwicklung bewiesen, daß die Berufsfrage nicht allein das entscheidende Band für eine Gewerkschaftsorganisation zu sein braucht, sondern daß die allgemeine Solidarität sehr wohl die gleichen Leistungen und Erfolge aufzuweisen hat. Wir werden das insbesondere bei Betrachtung unserer eigenen Organisation noch näher feststellen können.

Immerhin setzten in den 90er Jahren auch bereits die ersten Grenzstreitigkeiten ein, wenn auch damals noch so viel Neuland zu erobern war, daß ernste Mißbilligungen darüber kaum zu Tage traten. Man diskutierte auf den Gewerkschaftskongressen vorwiegend die prinzipiellen Fragen: Sollen Unterstützungsleistungen eingeführt werden? Wird der Klassenkampfcharakter darüber nicht gefährdet? Sind Tarifverträge



zweckmäßig oder bedeuten sie eine zu lange Bindung gegenüber der jeweiligen Wirtschaftsjunktur und ähnliche grundsätzliche Fragen, die heute alle auf der ganzen Linie fast restlos entschieden sind und nur von Neuungen in der Gewerkschaftsbewegung immer wieder aufgerollt werden, ohne daß an den prinzipiellen Auffassungen über diese Dinge noch gerüttelt werden könnte.

1902 und 1905 wurde auf den Gewerkschaftskongressen bereits die Frage der Berufsorganisationen und Industrieverbände stark erörtert und in den Vorbergründen gestellt. 1908 brachte dann die neuen Richtlinien der Generalkommission. Zwar hatte das Mitglied Josephson (damals Verband der Handlungsgehilfen) bereits versucht, auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress 1908 eine Neugestaltung auf großräumiger Basis vorzunehmen. Aber er fand wenig Verständnis dafür. Wir Gemeindegewerkschaften wehrten uns heftig gegen den Ausnahmezustand, der über unsere Organisation verhängt wurde, durch die neuen Statuten der Generalkommission. Indessen vergeblich. Eine theoretische Anerkennung gelang uns vorerst nicht. Wir mußten uns vielmehr mit unseren Ellenbogen Freiheit verschaffen und haben das auch immerhin soweit tun können, daß wir bei Ausbruch des Krieges mit unseren 54 000 Mitgliedern bereits die umfassende, fast einheitliche Organisation der Gemeindegewerkschaften waren. Alle anderen Organisationen konnten nur Splitterreste in Gemeindebetrieben aufweisen. Trotzdem blieb der theoretische Ausnahmezustand über Dresden (1911), München (1914) bestehen, ja, er wurde sogar in München bei der Erneuerung der Satzungen im § 6 noch etwas erweitert. Eine Erklärung Breyschedemann in München kennzeichnet die damalige Situation, weswegen wir sie nachstehend im Wortlaut wiedergeben:

„Die Vertreter des Verbandes der Fabrikarbeiter bebauern die Ablehnung aller Anträge, die der Betriebsorganisation den Weg öffnen sollten. Sie sind auch nach der Entscheidung des Gewerkschaftskongresses noch der Auffassung, daß die Betriebsorganisation als Grundlage der Industrieverbände notwendig ist und durch die Konzentration der Gütererzeugung sowie durch die Entwicklung der Technik, immer mehr notwendig wird. Die Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes sind ferner der Auffassung, daß die Entscheidung des Gewerkschaftskongresses eine Vermehrung der Differenzen und Streitigkeiten innerhalb der Gewerkschaften zur Folge haben wird. Als einen Versuch, wenigstens zu einem Teil diese Differenzen zu beheben oder zu mildern, betrachten die Unterzeichneten die wiederholte Erklärung des Vorsitzenden der Generalkommission, daß diejenigen gelernter Arbeiter den Organisationen der Ungelernten überwiesen werden sollen, die zur Stärkung der Kampffähigkeit dieser Organisationen wesentlich beitragen. Sie sprechen deshalb die bestimmte Erwartung aus, daß die Verbände der gelernten Arbeiter im Sinne der Erklärung des Vorsitzenden der Generalkommission handeln. Weiter erklären die Unterzeichneten, daß nach ihrer Auffassung die Bildung der Zwangsschiedsgerichte das gewerkschaftliche Zusammenwirken, namentlich aber das Zusammenarbeiten des Verbandes der Fabrikarbeiter mit den übrigen der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften außerordentlich erschwert. Sie lehnen deshalb nachdrücklich die Verantwortung für alle Folgen dieser Beschlüsse ab.“

Das widerlegt, nebenbei bemerkt, die Behauptung Larnows und anderer, als wäre der Gedanke der Betriebsorganisationen von kommunistischer Seite erst nach der Revolution gefordert worden. Er ist nur stärker in den Vordergrund gerückt in den letzten Jahren, infolge des wirtschaftlichen Konzentrationsprozesses. Wir haben dabei mit Bedauern festzustellen, daß der Genosse Breys heute nicht mehr auf Seiten der Betriebsorganisationen bzw. Industrieorganisationen auf dieser Basis kämpft, sondern sich auf die andere Seite herübergeschlagen hat in der Sorge, daß dem Fabrikarbeiterverband einige Arbeiterkategorien abgesprochen werden könnten.

Der Krieg ließ alle diese Konzentrationsbestrebungen in den Hintergrund treten. Die Organisationsziffer schmolz auf weit unter die Hälfte zusammen bei fast allen Verbänden. Dafür aber kam in der Revolutionszeit 1918/19 ein gewaltiger Aufschwung der gesamten deutschen Gewerkschaften. Alle Organisationen hatten vollauf zu tun, um mit den Massen auch nur gewerkschaftsrechtlich fertig zu werden, die in sie neu einströmten. So ist es erklärlich, daß der Nürnberg-Gewerkschaftskongress 1919 einen Anlauf nahm, die Frage der Industrieverbände zu klären. Es wurden wiederum neue Statuten geschaffen, aus der Generalkommission entstand die Gründung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit weitergehenden Befugnissen und entsprechendem Ausbau. Immerhin blieb auch hier in den neuen Bundesstatuten der Beruf als

das Charakteristische zur Organisation. In § 6 der neuen Statuten heißt es:

„Sind in einem Industrie-, Gemeinde-, Staats- oder Genossenschaftsbetrieb Angehörige verschiedener Berufe beschäftigt, für die mehrere dem Bunde angeschlossene Gewerkschaften bestehen, so darf jede dieser Gewerkschaften nur diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen als Mitglieder aufnehmen, die dem Beruf nach zu ihr gehören.“

Es gab aber in § 8 wiederum eine Abmilderung, daß Abweichungen von dieser Regel zulässig sind, wenn sie zwischen den beteiligten Gewerkschaften vereinbart werden. Das galt auch für unsere Organisation.

Es war also nunmehr eine offizielle Anerkennung der Industrieverbände wie der Berufsverbände vorhanden. Ein kleiner Fortschritt, der für unsere Organisation noch durch die besondere Anerkennungsklausel festgesetzt wurde, die nachstehend im Wortlaut folgt:

„Die Kommission hält die Änderungen der Satzungen hinsichtlich der Organisationsformen nicht für notwendig, erklärt aber, daß davon abweichende organisatorische Eigenarten von Organisationen, die bisher der Generalkommission angehört, anerkannt werden.“

Für diese Mindestanerkennung hatten sich die Kollegen Dittmer und Buhl y unter dem Widerspruch des Kongressvorsitzenden Leipart ins Zeug gelegt. Sie wurde mit Mehrheit angenommen. Damit war eine unzweideutige Anerkennung unserer Organisationsform gegeben. Es war ja auch lächerlich gewesen, unsern Großverband, der sich trotz aller Bedenken und Hemmnisse der Berufsgewerkschaftler durchgesetzt hatte, noch länger in einer Ausnahmebestimmung zu belassen, zumal der Eisenbahnerverband unter ganz gleichen Gesichtspunkten neu gebildet worden war.

Die Zeit von 1919 bis 1922 war wiederum eine Zeit ungehörter Entfaltung der deutschen Gewerkschaften. Daß daneben auch die Großindustriellen Deutschlands sich in ganz anderer Weise als bisher zusammenschlossen, wurde wohl beachtet, es wurden aber nicht daraus die nötigen Konsequenzen gezogen. So ist es erklärlich, daß der Leipziger Kongress, der eine Entscheidung bringen sollte im fortschrittlichen Sinne, von allen mit feierlicher Ungeduld erwartet wurde. Zugegeben werden muß, daß die politische Situation sehr viel dazu beigetragen hat, daß eine so starke Mehrheit entfiel. Insbesondere hatte aber die Entmischung der Betriebsrätefrage, die Frage der Betriebsorganisation (oder wenigstens die Industrieorganisation auf Grundlage des Betriebes unter Berücksichtigung der Unternehmergruppierung usw.) in den Vordergrund gedrängt. So blieb bei den Verhandlungen in Leipzig für zahlreiche ältere Gewerkschaftsfunktionäre die zwangsläufige Situation so, daß sie für die Resolution Ditzmann stimmten, die dann auch 4 853 000 Stimmen erhielt, während die Resolution Larnow nur 1 225 000 Stimmen aufbrachte, 636 000 enthielten sich der Stimme. Aber auf die Vorgänge von Leipzig müssen wir noch etwas ausführlicher zurückkommen. E. D.

◆ Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter ◆

Das Reichsverkehrsministerium erließ unter dem 13. Juni 1925 untenstehende Verfügung an seine nachgeordneten Behörden, die sicherlich bei unseren Kollegen allseitige Zustimmung finden dürfte. Hoffentlich hat sie auch den gewünschten Erfolg. Wo das nicht der Fall sein sollte, werden unsere Betriebsratsmitglieder dafür Sorge zu tragen müssen, daß entsprechend dieser Verfügung gehandelt wird. Reichsverkehrsminister. Berlin W. 66, Bülowsplatz. 60. W. II. P. u. 2118.

An die nachgeordneten Behörden.

„Beim Reichsverkehrsministerium ist darüber festgestellt worden, daß einzelne Beamte bei der dienstlichen Verwendung der Arbeiter sich nicht immer von sachlichen Gesichtspunkten leiten ließen, sondern dabei auf die gewerkschaftliche Zugehörigkeit der Arbeiter Rücksicht nahmen. Die bisher auf Beschwerden in dieser Richtung durchgeführten Erhebungen haben bestimmte Anhaltspunkte hierfür nicht ergeben.“

„Immerhin hatte ich es im Interesse der Erhaltung des Arbeitsfriedens zu geboten, darauf aufmerksam zu machen, daß seitens der Beamten alles vermieden werden muß, was in dieser Hinsicht Anlaß zu begründeten Beschwerden geben könnte.“

„Bei dieser Gelegenheit möchte ich weiterhin darauf hinweisen, daß die Beamten sich auch einer Beeinflussung der ihnen unterstellten Arbeiter hinsichtlich ihrer Organisationszugehörigkeit sowie bei Ausübung ihres Wahlrechts zu den Betriebsvertretungen zu enthalten haben. Im Dienst gilt dies ganz allgemein. Außer Dienst ist jede Ausnutzung eines etwa bestehenden dienstlichen Abhängigkeitsverhältnisses unstatthaft.“

Im Auftrage: gen. Staatssekretär.



## Sozial- und kommunalpolitisch-feindliche Bestrebungen in der Heidelberger Holzindustrie A.-G.

Unter dem Druck der Verhältnisse mußte die Stadt Heidelberg nach dem Kriege wegen Verjagens der Kohlenhändler eine Ortskohlenstelle einrichten, um die Kohlenversorgung der Bevölkerung zu sichern. Zu gleicher Zeit wurde eine Brennholzversorgung großen Stils unterhalten. Hieran angeschlossen wurden später Werkstätten für Schmiederei, Schlosserei, Bagnerei, Schreinerei und eine Sägemühle. Beschäftigt wurden dabei Arbeiter bis zu einem Höchststand von 230. Für diese Arbeiter galt der Tarifvertrag für die Gemeindearbeiter. Der Betrieb, der unter dem Namen „Wirtschaftsamt“ geleitet wurde, wozu auch die städtische Abfuhranstalt gehörte, war natürlich den regiefeindlichen Elementen ein Dorn im Auge. Die Wirren der Inflationszeit und die Schwierigkeiten der Beschaffung wurden von ihnen reichlich ausgenützt, um den Betrieb zu zerlegen und außerdem noch die „städtischen Werte“ in Privatnützungsunternehmen überzugeben.

In der Bürgerausschuss-Sitzung vom 30. Juni 1924 wurde die Umwandlung der Monopolbetriebe gegen 29 Stimmen abgelehnt. Die Umwandlung des „Wirtschaftsamtes“ in eine andere Wirtschaftsform wurde einstimmig angenommen. Der besondere Vorzug wurde einer Kommission überwiesen. In der Bürgerausschuss-Sitzung vom 7. Oktober 1924 wurde dann mit 39 gegen 38 Stimmen beschlossen, daß dem Aufsichtsrat der A.-G. nur Stadträte und Stadtverordnete angehören dürfen. Damit war aber auch das städtische Wirtschaftsamt ab 1. September 1924 in eine A.-G. überführt.

Die Direktion der Heidelberger Holzindustrie (des früheren Wirtschaftsamt) setzte nunmehr ihre bereits im Jahre 1922 begonnenen Bestrebungen zur Beilegung der vom Gemeindearbeiterverband errungenen tariflichen Bestimmungen in verstärktem Maße fort. 1922 bereits erklärte der Direktor Maier dem Vertreter unserer Organisation kategorisch, daß er auf unsere Vorschläge nicht eingehen wolle und verfügte einfach, daß sämtliche Handwerker, gleich welcher Art, auch die diesen zugewiesenen Hilfsarbeiter, sowie die Kraftfahrer des zuständigen Industrie- oder Gewerbetariffes unterstellt werden.

Der Vollständigkeit halber sei bemerkt, daß dieses Bestreben, die Industriebetriebe einzuführen, den Verzicht der betreffenden Arbeiter auf sämtliche sozialen Vergünstigungen zur Voraussetzung hatte und daß überhaupt das Bestreben vorhanden war, das reine Leistungslohnprinzip in seiner ursprünglichen Form zur Geltung zu bringen. Der Stadtrat hat damals diesem Plan der Direktion keine Zustimmung gegeben. Doch konnte der Antrag von unserer Organisation abgewehrt werden, die Stadtverwaltung mußte ihr tarifwidriges Verhalten einsehen.

Was die Direktion des städtischen Wirtschaftsamt nicht fertig brachte, hat sie mit verstärktem Eifer während und nach der Umwandlung in die A.-G. betrieben. Unsere Mitglieder wurden abgebaut und den Handwerkern hat man mit Afford und Leistungszulagen die Einführung der Industriearbeitsverhältnisse schmachtlich gemacht. Mit dieser Umänderung wurden natürlich auch unsere gesamten sozialen Einrichtungen beseitigt. Unseren Vertretern wurde vom Direktor einfach erklärt, ich habe mit eurer Organisation keine Arbeit mehr, der Betrieb ist kein städtischer mehr, sondern eine private A.-G. und muß mit der Privatindustrie konkurrenzfähig bleiben, unsere Tarifbestimmungen hindern dies aber. Daß diese Politik für die Arbeiter eine erhebliche Verschlechterung bedeute, wurde nicht zugegeben, sondern erklärt, daß sich jeder Arbeiter durch entsprechende Leistungen einen erhöhten Lohn verdienen könne. Bedauerlicherweise haben die Holzarbeiter wie die Metallarbeiter diese Verschlechterungen einfach geschluckt. Damit waren für die Werkstätten des Holzbetriebes die einzelnen Industriearbeitsverhältnisse eingeführt und auch unsere Mitglieder, die sich noch aus den Hilfsarbeitern zusammensetzen, mußten die Verschlechterungen in lohnlicher wie in sozialer Beziehung hinnehmen.

Für die Arbeiter des Abfuhrwesens und des Grubenhofes wollte die Direktion gnädigst vorläufig den Gemeindearbeitertarif gelten lassen. Der bei der Direktion gestellte Antrag, auch die Handwerker dieses Betriebes (Schmiede, Bagnerei, Schlosser) wie selber nach dem Gemeindearbeitertarif zu behandeln, wurde strikte abgelehnt und wir mußten dieserhalb den gesetzlichen Schlichtungsausschuß anrufen. Dieser hat in seiner Sitzung vom 4. Juni 1925 unseren Antrag abgelehnt mit einer Begründung, die an Oberflächlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Nicht die geringste Spur von Beherrschung der Materie ist darin zu finden. Eingeschaltet soll hier werden, daß der Direktor Maier persönlich die H. H. A.-G. vor dem Schlichtungsausschuß vertreten hat und dort erklärte, daß, wenn er gezwungen würde, den Handwerkern des Abfuhrbetriebes den Gemeindearbeitertarif zu geben, er unbedingt zu Entlassungen gezwungen müßte, der Betrieb sei kein städtischer mehr und müsse nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen geleitet werden, wenn er konkurrenzfähig bleiben sollte. Man müsse ihm auf diesem Posten freie Hand lassen.

Herr Landgerichtsdirektor Geismar legt in seiner Begründung Der Tarifvertrag für die Gemeindearbeiter gilt nach § 1 des RML für die Gemeindearbeiter nur gegenüber demjenigen Arbeitgeber, der diesen RML abgeschlossen haben, d. h. für die Mitglieder des Reichsarbeitgeberverbandes Deutscher Gemeinden usw. In diesen gehört die H. H. A.-G. nicht. Sie ist eine selbständige Rechtspersonlichkeit und ihre Arbeitnehmer stehen nur mit ihr, der A.-G. und nicht der Gemeinde Heidelberg im Vertragsverhältnis. Es ist auch nicht möglich, eine A.-G. deswegen, weil eine Gemeinde als Aktienbesitzerin Einfluß auf die Geschäftsführung hat, dem Gemeindearbeitertarif zu unterstellen. Das Gleiche könnte dann auch bei anderen A.-G., bei denen die Gemeinde beteiligt ist, verlangt werden, z. B. bei der Straßen- und Bergbahn A.-G., deren Tätigkeit vollständig im Rahmen der Gemeindeaufgaben liegt. Und es wäre nicht festzustellen, von welcher Anteilsquote ab der Aktienbesitzer der Gemeinde zur Anwendung des Gemeindearbeitertarifs zu führen hätte. Ferner würde die Anwendung des Gemeindearbeitertarifs, den die Arbeitgeber selbst nur für einen Teil der Arbeiter, nämlich für die im Abfuhr- und Grubenbetrieb tätigen Arbeiter verlangen, keineswegs zur Vereinfachung des Tarifwesens führen. Der Gemeindearbeitertarif unterscheidet sich von den Tarifen der Holz- und Metallindustrie, nach denen die jetzige Entlohnung erfolgt, ganz wesentlich, namentlich in den Sozialzulagen und Vergünstigungen, und seine Einführung würde die Verhältnisse innerhalb desselben Unternehmens stärker komplizieren, als die der unter sich viel gleichartigen Holz- und Metallarbeitertarife.

Welche Wirkung der Gemeindearbeitertarif auf die Konkurrenzfähigkeit der A.-G. hätte, bedarf hier der Entscheidung nicht. Unersichtlich ist, daß die A.-G. einzelne Arbeiter, nämlich die Fuhrleute, aus besonderen Gründen wegen langjähriger Zugehörigkeit zu dem früher städtischen Betrieb, nach dem Gemeindearbeitertarif entlohnt. Das ist Sache freier Vereinbarung und rechtfertigt keine Anwendung des Gemeindearbeitertarifs im Zwangswege.

Wenn geltend gemacht wird, daß einzelne Arbeiter durch den Übergang von der Stadt in die A.-G. sich verschlechtert haben, so muß ihnen überlassen bleiben, ihre etwaigen Rechte gegen die Stadt geltend zu machen. Eine Verpflichtung der A.-G. folgt hieraus nicht. Deshalb wurde der Antrag abgelehnt. Herr Geismar hat hier die Arbeit und die Entwicklung des Tarifwesens vollständig außer acht gelassen, er hat noch viel weniger beachtet, aus welchen Gründen der Betrieb in eine städtische A.-G. umgewandelt wurde. Es muß hier festgestellt werden, daß bei den ganzen Beratungen im Stadtparlament immer und immer wieder betont wurde, daß niemand daran denkt, den Arbeitern und Beamten ihr Arbeitsverhältnis zu verschlechtern und ihre Rechte zu schmälern, sondern daß lediglich eine bessere Beweglichkeit das Ziel sei. Ein Sturm der Entrüstung wäre durch die Arbeiterschaft gegangen, wenn ein einzigesmal erklärt worden wäre, daß man unter der Sicherung der tariflichen Erwerbungen lediglich die Ruhegehoberechtigung meint, die erst nach 10 Jahren erreicht wird. Wenn es jemand gegeben hat, der wußte, daß man es anders meint, dann hat er geradezu verbrecherisch und als Verräter gehandelt, wenn er dazu geschwiegen hat. Interessant ist der Hinweis auf das reaktionäre Unternehmen der Heidelberger Straßen- und Bergbahn-A.-G.

Die Arbeiter des Grubenhofes, der Batimen- und Müllabfuhr erfüllen städtische Aufgaben und gehören unter den Gemeindearbeitertarifvertrag. Welt in Heidelberg nun zusätzlich dieser Betrieb nicht mehr städtisch, sondern aus ganz besonderen Verhältnissen heraus zu einer A.-G. gehört, mit deren Zweckbestimmung er im Grunde genommen gar nichts zu tun hat, sondern lediglich aus falsch verstandenen Zweckmäßigkeitsrücksichten zusammengewürfen wurde, deshalb müssen die Arbeiter, wie Figur zeigt, aus ihrem bisherigen Vertragsverhältnis herausgeworfen werden.

Den Gipfel der Unlogik leistet sich Herr Geismar, indem er sagt, daß unser Verlangen nicht zur Vereinfachung des Tarifwesens führen würde und daß wir nur für einen Teil der Arbeiter unseren Vertrag verlangen würden. (60 Mann haben den Tarif und 10 Mann sollen ihn noch nach unserem Antrag dazu erhalten, so daß nur ein Vertrag gilt.) Wie unter diesen Umständen von einer Kompfizierung gesprochen werden kann, falls unser Antrag angenommen würde, ist zu mindestens unklar. Wenn dann noch davon gesprochen wird, daß es unerheblich sei, daß für einzelne Arbeiter der Vertrag Anwendung findet und dies nicht die allgemeine Einführung rechtfertigt, so zeigt dies, daß man sich über die wahren Verhältnisse schlecht orientiert hat. Bis 1. April 1925 sind alle Arbeiter nach unserem Tarifvertrag behandelt worden. Für 80 bis 85 Proz. gilt er nach und nur für 15 bis 20 Proz. hat der Schlichtungsausschuß gleich zwei Tarife genehmigt, so daß jetzt drei Tarife

vorhanden sind. Mehr an Zersplitterung kann die H. A. G. wirklich nicht verlangen. Das gefährlichste an dem Schiedspruch ist aber, daß er der Direktion einen Freibrief ausstellt, wonach sie nach Belieben auch die jetzt noch nach unserem Tarif behandelten Arbeiter herauswerfen kann (das ist bereits den Arbeitern von der Direktion mitgeteilt worden). Alles das soll geschehen, um die Konkurrenzfähigkeit der A. G. zu garantieren.

Noch eines kommt hinzu; diese Freiheit für die H. A. G. bedeutet für Hunderte von Arbeitern in Heidelberg eine Unsicherheit, deren Gefährlichkeit von vielen noch nicht übersehen wird. Die Art und Weise, wie sich die Direktion der A. G. erlaubt, die im Stadtparlament besprochenen Sicherungen der Rechte der Arbeiter jetzt auszuliegen, tötet in der Arbeiterschaft jegliches Vertrauen zu diesen Körperlichkeiten. Hier handelt es sich um Arbeiter von Betrieben, die zum ureigensten Aufgabengebiet einer Stadt gehören. Diese Betriebe sind hier einer A. G. ausgeliefert worden, ohne daß den Arbeitern für ihre in jahrelangen Diensten erworbenen tariflichen Rechte ausreichende Sicherheit geschaffen wurde.

Wenn in Preußen im Mai auf dem Städtetag die Vertreter von 143 der bedeutendsten Städte in ihrer großen Mehrheit festgestellt haben, daß für die Städte der Regiebetrieb das Beste ist, dann kommt es einer Bankrotterklärung der Verwaltungsmaschine gleich, wenn hier selbst so einfache Betriebe abgestoßen werden.

Die städtischen Arbeiter werden dieser Entwicklung der Kommunalbetriebe nicht nur in ihrem, sondern im Interesse der Allgemeinheit nicht untätig zusehen dürfen.

F. M.

## Was hemmt uns?

(Auch ein Diskussionsbeitrag zum Verbandstag.)

Nach all den Stürmen, die hinter uns liegen, wollen wir uns in dieser kurzen Ruhepause mit unserem inneren Aufbau beschäftigen. Mit dem Begriff innerer Aufbau ist die seelische Umgestaltung jedes einzelnen Kollegen gemeint, soweit dieser aus den Bahnen der sozialistischen Gedankenwelt geworfen wurde. Wir haben ein gemeinsames Ziel, die alte, jetzt bestehende Gesellschaftsordnung abzulösen durch eine neue. Wir wollen die bedrückte Menschheit befreien aus all ihren Qualen und niederen Leidenschaften. Wenn wir das wollen, und das müssen wir, so ist der Anfang erst einmal bei uns zu machen, bei denen, die die Idee vertreten und nach außen propagieren. Mit anderen Worten, uns mangelt es manchmal an Ethik und Moral.

Vor allen Dingen müssen wir uns sammeln und festigen, und dazu ist notwendig, daß wir gegenseitiges Vertrauen wiedergewinnen. Wir Arbeiter sollten endlich einsehen, wohn wir gekommen sind durch die gegenseitige Herunterreißerei. Unsere erste Pflicht ist innere Wahrhaftigkeit und gegenseitiges Verstehenwollen untereinander. Viele denken in ihrem Unmut die heutigen Zustände bessern zu wollen, wenn sie recht schimpfen. Aber das Schimpfen ist nur ein Zeichen der Schwäche und Unkenntnis, ein Zeichen, daß man mit den bestehenden Verhältnissen nicht einverstanden ist, aber auch nicht die Kraft hat, es besser zu machen. Wir sollten von unserem Gegner lernen, was ein geschlossener Wille vermag. Ihr schimpft über die „Bonzen“, die euch bei den Lohnverhandlungen nicht genug herausholen. Ihr würdet es unterlassen, wenn ihr euch klar wäret darüber, daß die Machtverhältnisse sich zu unseren Ungunsten verschoben haben, und daß nicht die „Bonzen“ die Löhne festlegen, sondern daß noch ein Gegner vorhanden ist, der auch ein Wörtchen mitredet und manchmal sogar das entscheidende. Die Redensart von dem „verfluchten grünen Tisch“, wo „geluhandelt“ wird, ist doch meist eine Redensart derer, die am „grünen Tisch“ durch ihre Unbeholfenheit oder Schweigen der Kollegenschaft wenig genügt haben. Ist aber dieser Ausdruck der Betreffenden aus Unkenntnis erfolgt, und sie werden beauftragt, mit zu verhandeln, dann ist eine schnelle Änderung ihrer früheren Auffassung zu bemerken. Und wie wirkt bei unserem Gegner all das Schimpfen? Der Gegner glaubt durch unsere inneren Widersprüche eine lockere Kampffront zu erblicken und danach stellt er seine ganze Taktik ein und den Schaden haben wir alle zu tragen.

Wenn schon die Gewerkschaften die „Verräter“ sind, als die sie immer von einer gewissen Seite bezeichnet werden, so muß man doch die Gegenfrage aufwerfen: „Warum wollen die Unternehmer die freien Gewerkschaften vernichten?“ Vielleicht darum, weil sie ihnen Handlangerdienste leisten und die „Arbeiter verraten“? Warum wollen die Unternehmer gelbe Wertvereine errichten, als Gegengewicht der freien Gewerkschaften? Warum wollen die Unternehmer die von den freien Gewerkschaften erkämpften Tarifverträge beseitigen und Wertstarke durchbrücken? Welche harten Schläge wurden uns, als Gewerkschafter, während der Inflation von der alles beherrschenden Schwerindustrie versetzt? Vielleicht deshalb, um die

freien Gewerkschaften zu erhalten? Wehe uns, wenn wir in den Zeiten der Inflation die Schlacht verloren hätten!

Wenn ihr schon euren Führern Vorhaltungen macht, urteilt nicht nach Gefühl und Willen allein, sondern laßt auch die Erfahrung sprechen. Keine großen Probleme werden, ohne die Erfahrung mitreden zu lassen, gelöst. Haben wir alle nicht schon die Erfahrung gemacht, daß in wogender Zeit oft Beschlüsse gefaßt werden, die bei nüchterner Erwägung sich als undurchführbar erweisen haben und leiden wir nicht teilweise noch heute darunter? Aber der ruhige, besonnene Berater wird ja oft als „Bremsler“ verflucht. Ein „Bremsler“ ist derjenige, der ruhig und nüchtern eine Sache erwägt, der sich leiten läßt nicht von subjektiven, sondern von objektiven Erwägungen heraus, der aber auch den Mut hat zu sagen, was ist. Solche Offenheit trägt viel zur Klärung bei. Nicht allein ist hier für eine Beurteilung die gegenwärtige Situation ausschlaggebend, sondern auch, was die Zukunft bringen kann. Leidenschaften in den Massen zu entfesseln, ist leicht, damit wird aber kein Kampf gewonnen. Kämpfe zu führen bedingt nüchterne Charaktere, die mit ganzer Hingabe der Sache dienen und ein starkes Verantwortungsgefühl in sich haben. Wir begehen einen großen Fehler, der sich leider immer wiederholt, wenn wir für alle diese widrigen Zustände die Führerschaft verantwortlich machen. Es mag Führer geben, die ihrer Rolle nicht gewachsen sind, aber sind wir denn gegen solche machtlos? Warum dulden wir sie, und warum haben wir sie gewählt und manchmal wiedergewählt? Wir wollen offen aussprechen, was ist. Haben wir nicht manchmal bei der Auswahl von Führern Fehlgänge getan, wo wir später selbst einsehen, daß sie nicht geeignet waren? War bei solchen Wahlen nicht oft die Kraft der Lunge ausschlaggebend, und auf den Geist und Gehirn des zu Wählenden wurde weniger Wert gelegt?

Nun zu unseren Versammlungen. Bittere Klagen werden oft darüber geführt, daß der Versammlungsbesuch schwach ist. Ist es denn ein Wunder, wenn die Versammlungen zum Tummelplatz politischer Leidenschaften gestempelt werden. Es wird nicht geprüft, ob der Führer sich von lauterer Motiven hat leiten lassen und das Beste gemollt hat. Verschiedene Kollegen lassen sich von einem Vorurteil leiten und der Führer ist schon gerichtet, ehe er Bericht erstattet. Wir reden soviel von Klassenjustiz, aber wir sind noch weit schlimmer. Vor Gericht hat der Angeklagte die Möglichkeit und das Recht, den Beweis seiner Unschuld oder die Entschuldigungsgründe für seine Anklage vorzutragen und sich zu verteidigen. Aber sind bei uns nicht schon Fälle vorgekommen, wo eine Rechtfertigung durch Wortentzug oder Niederbrüllen verhindert wurde? Und das Bezeichnende dabei ist, daß man innerlich einseh, keinen Besseren zu haben zur Wahrnehmung der Interessen. Es gehört nicht bloß eine große Hingabe dazu, als Führer zu wirken, sondern auch eine große Nachsicht und Milde. So zerrüttet wie die Wirtschaft, ist auch das Denken und Fühlen der Masse, deshalb Verzeigung und Milde denen gegenüber, die sich auf Irrwegen befinden. Aber was ein Gewerkschaftsführer von euch als das Mindeste verlangen kann, ist das Vertrauen für seine Person eurerseits und ein ganz klein wenig Verständnis den Dingen gegenüber, um die es sich handelt.

Eine arge Vermüdung innerhalb der organisierten Arbeiterschaft haben die Schlagwörter ergriffen. In unserer schnelllebenden Zeit ist es zur Regel geworden, Darstellungen, Bezeichnungen oder Auffassungen in die kürzeste Ausdrucksform zu kleiden. Von dieser Form des Ausdrucks wird nun ausgiebig Gebrauch gemacht, aber wie? Es wäre angebracht, nach Verlauf einer stürmischen Versammlung, wo der Geist noch rege ist — bei manchen ist er nicht rege gewesen, sondern der Mund — nachzudenken über die Schlagworte, die gefallen sind, und deren Aussprecher. Habt ihr noch nicht die Beobachtung gemacht, daß fast immer ein und derselbe Redner zu ganz verschiedenen Themen immer wieder dieselben Schlagworte bringt? Ist es nicht ein Zeichen geistiger Armut, und wenn ja, sind die, die Beifall spenden, nicht auch geistig arm? Was ist zu tun? Wir müssen die wirtschaftlichen und politischen Triebkräfte erkennen, die uns beherrschen, und müssen auf Grund der gewonnenen Erkenntnis unser Denken und Handeln einstellen. Mit Schlagworten wird keine Weltgeschichte gemacht. Wer nicht denken kann, soll es denen überlassen, die es können und tun. Den Denktönen ist es bequemer, Vorwürfe zu machen, als mitzudenken. Nur dieser Umstand ist es, der unsere Versammlungen auf ein so tiefes Niveau herabdrückt. Wollen wir das? Wenn nicht, dann haben wir dafür zu sorgen, daß solche Auseinandersetzungen unterbleiben. Unsere Versammlungen soll der Geist beherrschen und nicht die Lunge!

Wenn wir vorwärts wollen, und das ist doch unser aller Wunsch, so müssen wir dahin wirken, zu einer gegenseitigen Verständigung zu kommen, die auch vom gegenseitigen Vertrauen ge-

tragen wird. Es ist hohe Zeit, endlich einmal Vernunft und Erfahrung urteilen zu lassen. Geschicht das nicht, haben wir kein Recht zur Kritik. Was uns nottut, ist Kenntnis von den Dingen, die wir meistern wollen. Wir können sie nur meistern, wenn wir sie verstehen. Wir müssen sie verstehen lernen, oder wir gehen unter. Untergang bedeutet Rückkehr zu alten Verhältnissen, und das darf nicht unser Wille sein. Die gewaltigen Wirtschaftskämpfe, die in nächster Zeit entbrennen werden, brauchen eine geschlossene Arbeiterkraft, konzentriert in den freien Gewerkschaften. Dieses Machtinstrument muß ausgebaut werden, um dem Sturm der Wirtschaftsgewaltigen Trost bieten zu können. Glaubt ja nicht, ohne Organisation die Kämpfe bestehen zu können. Große unorganisierte Heere sind stets von einer kleinen, geschulten Truppe geschlagen worden. Darum liegt unsere Kraft in der Schulung, Disziplin und Geschlossenheit. Starke, geschlossene Gewerkschaften mit Mitgliedern, die von der tiefen, ernstlichen Idee des Sozialismus durchdrungen sind, das ist das beste Bollwerk für uns. Das zu erstreben, ist zwingende Pflicht jedes einzelnen. C. Döcherl.

## Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter im Jahre 1924.

III.

(Schluß.)

Am Schlusse des Jahres 1924 hatte unser Verband 861 Filialen mit 190 008 buchmäßigen Mitgliedern. Gegenüber dem Anfang des Jahres mit 224 441 Mitgliedern bedeutet dies eine Abnahme von 34 433 Mitgliedern. Im 4. Quartal zählten wir 169 088 zahlende Mitglieder, das sind 88,99 Proz. der 190 008 buchmäßigen Mitglieder.

Im Berichtsjahre wurden 136 Anträge auf Rechtschutz gestellt, davon mußten 9 wegen Ausichtslosigkeit abgelehnt werden. Die 127 bewilligten Anträge verteilen sich wie folgt: Nach § 23 Abs. 1 unseres Statuts wurden 18 Anträge, nach Abs. 2a 108 Anträge und nach Abs. 2b 1 Antrag bewilligt. In 9 Fällen von diesen Streitigkeiten mußte auch die zweite Instanz in Anspruch genommen werden. Als Ursache der entstandenen Streitigkeiten war die der Entlassungen am stärksten zu verzeichnen. Die Personalabbaueinrichtung wirkte sich hier noch immer zum Nachteil unserer Kollegen aus. Insbesondere wurden die Angestellten hart betroffen, für die auf Grund der bekannten Reichsgerichtsentscheidung auch die Schutzbestimmung des § 96 Abs. 2 des Betriebsrätegesetzes aufgehoben wurde. Als weitere Ursachen kamen in Frage: Lohn- und Tarifbestimmungen, Streitverfahren, Beleidigungen, fahrlässige Körperverletzungen, Diebstahlsverdacht, Ruhe- und Rentenansprüche und dergleichen mehr. In der Hauptsache handelte es sich bei den Kollegen um Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis.

Die Mitgliederbeiträge als unsere Haupteinnahmequelle ergaben im 1. Quartal 1924: 424 368 Mk. und stiegen bis auf 653 103 Mk. im letzten Quartal. Diese Steigerung ist aber nicht allein auf eine Erhöhung der Beiträge zurückzuführen, sondern auch auf eine Mitgliederzunahme. Unter den Ausgaben ers fällt der größte Teil auf die Unterstüßungen mit insgesamt 470 463 Mk. Ihr folgen die Ausgaben für Agitation und Lohnbewegungen mit 340 000 Mk. Unser bester Bundesgenosse im Kampfe, unserer „Gewerkschaft“, konnte dank unserer steigenden Finanzkraft ebenfalls leistungsfähiger gestaltet werden. Im abgelaufenen Jahre wurden für sie 193 800 Mk. aufgewendet. — Eine gute Entwicklung der Finanzen haben auch die Filialkassen zu verzeichnen, da sie an den Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen prozentual beteiligt sind. Die Kassenbestände der Filialen betragen am Jahreschlusse 250 006 Mark. — Anschließend sei noch bemerkt, daß uns die Entwicklung unserer Finanzlage in den Stand setzte, am Schlusse des Jahres noch ein Darlehen von 5000 Franken, das uns der Schweizer Verband, und ein solches von 2000 Kronen, das uns der Dänische Verband während der Inflationszeit gewährt hatte, wieder zurückzahlen. Ebenso konnten wir unsere finanziellen Verpflichtungen der Internationale gegenüber erfüllen. Die buchmäßige Ausgabe für Witwen- und Invalidenunterstützung betrug im Dezember 49 894,90 Mk. gegen 20 824,60 Mk. im Monat April.

Der Vermögensverwaltung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter (G. m. b. H.) stehen die über den Geldbedarf des Hauptkassierers hinausgehenden verfügbaren Gelder zu. Daraus geht hervor, daß diese Gesellschaft nur über nennenswerte Bestände verfügt, wenn ihr Mittel von der Hauptkasse zugeführt werden können. Gewinne werden von der Vermögensverwaltung nicht erzielt, da sie keine Gewerkschaft ist. Soweit die Vermögensverwaltung über liquide Gelder während der Inflationszeit verfügte, flossen diese an die Hauptkasse zurück. Als Bestand verblieben ihr unser Verbandshaus und einige Hypotheken, Aktienanteile

und Darlehen. Sämtlich sind dies Anteile an gewerkschaftlichen oder genossenschaftlichen Einrichtungen. In der Eröffnungsbilanz der Vermögensverwaltung in Goldmark per 1. Januar 1924 erscheinen diese Anteile nach dem damaligen noch unklaren Stand der Aufwertungsmöglichkeit mit 15 Proz. des Kurswertes an Beileihungstage. In dem Berichtsjahr 1924 sind einige Klärungen erfolgt, die in der vorliegenden Bilanz berücksichtigt werden konnten. So wurden die Aktien der „Volksfürsorge“ Hamburg, es waren 84 Stück alte und neue Anteile, von der „Volksfürsorge“ auf je 100 Mk. aufgewertet und erscheinen mit 8400 Goldmark Wert. Der Hauswert steht jetzt mit 40 200 Mk. zu Buch. Aus der alten Bilanz wurden ein Darlehen an den Gewerkschaftsbund mit 715,45 Mk. sowie das Debitorenkonto mit 2 Mk. im gleichen Betrag übernommen, da die endgültige Entscheidung über den Umfang der evtl. Aufwertung dieser Posten noch aussteht. Insgesamt wurden aus der Hauptkasse 578 889,94 Mk. abgeführt, denen 2407,45 Mk. als Einnahme von der Vermögensverwaltung gegenüberstehen, meist Miete, die auf diese Weise mit der Vermögensverwaltung verrechnet wird. Die Nettoeinnahme betrug demnach 576 482,49 Mk. In der Bilanz erscheint der Vermögensbestand der Gesellschaft mit 594 891,94 Mk., das sind 18 409,45 Mk. mehr als von der Hauptkasse überwiesen sind. Dieser Vermögenszuwachs entsteht durch Abtragung einer Hypothek von 7500 Mk. Ferner dem Vermögensbestand am 1. Januar 1924 mit 4810,78 Mk. sowie der Aufwertungsdivergenz der Aktien der „Volksfürsorge“, die gegenüber der Bewertung in der vorjährigen Bilanz 6154,18 Mk. mehr ergab. Ein noch verbleibender Rest von 55,51 Mk. steht sich aus der Rückzahlung der Hypothek Leher mit 43,12 Mk. und des Kassenbestandes mit 12,39 Mk. zusammen. Wir haben in der Vermögensverwaltung noch einige Reserven im Falle von Wirtschaftskämpfen ins Gesicht zu führen. Eines müssen wir jedoch beachten. Der Aufgabekreis der Gewerkschaften ist ein größerer geworden. Neue Forderungen treten an uns heran und im Interesse unserer Kollegen und unserer Bewegung müssen wir auch für solche Forderungen Gelder aufwenden. Mit dem Anwachsen unserer Finanzkraft wachsen unsere Verpflichtungen auch auf dem Gebiete des Neulandes. Wir werden dann nicht zurückziehen, sondern uns mit aller beim Betreten von Neuland gebotenen Vorsicht beteiligen. Unser finanzieller Berater wird dazu die neu errichtete „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten“ sein, der wir dann auch unsere Mittel in erster Linie zur Verfügung stellen.

## Verbandsstag des Deutschen Eisenbahnerverbandes.

Am 21. Juni wurde im Volkshaus zu Köln der 3. Verbandsstag des Deutschen Eisenbahnerverbandes eröffnet. Erschienen waren 110 Delegierte aus allen Bauen Deutschlands. Außerdem waren vertreten: Der gesamte Vorstand mit 20 Kollegen, die Abteilung für Sozialpolitik mit einem, die Redaktion, die Revisions- und Beschwerdebekommision mit fünf Kollegen und 27 Bezirksleitern, daneben erfreulicherweise auch eine außerordentlich große Anzahl ausländischer Vertreter, ferner Vertreter der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen ADGB, ADB, Vertreter des Deutschen Verkehrsverbandes, ein Vertreter vom Ortsausschuß Köln, der Magistrat der Stadt Köln, Vertreter des Hauptbetriebs- und Hauptbeamtenrates bei der Reichseisenbahngesellschaft. Von unserer Organisation nahmen die Kollegen Müntner und Stetter teil.

Der Verbandsvorsitzende Scheffel hieß die Delegierten und Gäste in einer Begrüßungsansprache willkommen und schilberte vor allen Dingen den Kampf, den die Eisenbahner während der Besetzung an Rhein und Ruhr zu bestehen hatten, wo es sich im wahrsten Sinne des Wortes bewährt hätte, daß der ärmste Sohn Deutschlands auch gleichzeitig sein treuester gewesen ist. Jedemfalls haben die Eisenbahner die Treue anders aufgefaßt, wie jene Kapitalisten, die sich ihre Vaterlandsliebe nur mit blankem Golde haben bezahlen lassen. Der Ansprache Scheffels folgten verschiedene Begrüßungsreden der in- und ausländischen Gäste. Dann wurde die Konstituierung des Verbandstages vorgenommen. Als Vorsitzende fungieren Scheffel und Herrmann-Rürnberg.

Die eigentliche Arbeit des Verbandstages begann am 22. Juni im Volkshaus, wo der Verbandstag zunächst den von Scheffel erstatteten Tätigkeitsbericht entgegennahm. In fast sechsstündigen Ausführungen ging Scheffel auf alle die Eisenbahner berührende Fragen ein und verwies vor allen Dingen auf den ungeheuren Abbau, der seit Stattfinden des letzten Verbandstages bei der Reichsbahn vorgenommen wurde. Ueber 300 000 Eisenbahner insgesamt sind dem Abbau zum Opfer gefallen. Daß darunter auch die Organisation gelitten hat, bedarf kaum weiterer Hinweis. Scheffel



unterzog dann die Lohn- und Befoldungspolitik des Reichsverkehrsministeriums bzw. der Reichseisenbahngesellschaft einer scharfen Kritik. Der vom Kassierer Dräger gegebene Kassenbericht zeigte, daß der Eisenbahnerverband die Nachwirkungen der Inflationsperiode bereits überwunden hat und auch finanziell wieder in einer aufsteigenden Linie sich bewegt. Der Ende Juni gegenüber Ende 1924 verringerte Vermögensstand ist in erster Linie auf die entstandenen Streiklosten zurückzuführen; außerdem sind 100 000 Mk. als Hilfe für die dänische Arbeiterschaft bewilligt worden. Am Schlusse seiner Ausführungen gab Dräger einen Antrag bekannt, der die Beiträge für die Zukunft auf Verdienstgrenzen abgestuft wissen will. Die an die Geschäftsberichte anschließende Diskussion wurde ergänzt durch Ausführungen des Genossen Grafmann vom ADGB und dem Vorsitzenden des Deutschen Verkehrsverbandes, Schumann. Nach Schluß der Diskussion wurden Entschlüsse zum Ruhrkampf, zur Amnestievorlage, zum Tarifvertrag, zur Reparationslast, zum Arbeitsrecht und zur Arbeitszeitfrage angenommen, die zeigen, daß der Verbandstag der deutschen Eisenbahner zu allen für die Arbeitnehmerchaft wichtigen Fragen Stellung genommen hat.

Ueber die „Sozialpolitik im Eisenbahnbetrieb“ sprach Straßert, Berlin, von der Sozialpolitischen Abteilung des DGB, der an Hand eines ungemein reichhaltigen Zahlenmaterials den Nachweis erbrachte, wie außerordentlich groß die Unfallgefahren im Eisenbahnbetrieb sind. Nur einige besonders markanten Zahlen seien hier wiedergegeben: Im Eisenbahnbezirk Dresden sind in den Monaten April bis November 1923 45 Unfälle vorgekommen, in demselben Bezirk und derselben Zeit im Jahre 1924 102 Unfälle, eine Steigerung um 127 Proz. In Elberfeld beträgt die Steigerung in den gleichen Monaten 37 Proz., in Hannover 43 Proz., im Bezirk Karlsruhe 246 Proz., im Bezirk München sogar 300 Proz. Das sind alles Unfälle aus dem Betriebe, verursacht durch in Bewegung befindliche Fahrzeuge. Aber auch in den Werkstätten ist die Unfallziffer gestiegen, so in Königsberg von 53 Proz. auf 88 Proz. im Jahre 1924 gegenüber dem Jahre 1923.

Ueber die „Befoldungs- und Rechtsverhältnisse der Eisenbahnbeamten“ referierte Prawitz. Da auch wir wiederholt an dieser Stelle über die Lohn- und Befoldungspolitik der deutschen Reichsregierung berichtet haben, so erübrigt sich, weitere Einzelheiten hier wiederzugeben.

Den Höhepunkt und damit auch den wichtigsten Teil des Verbandstages beachtete die Einigungs-Generalversammlung mit der R.-G. (Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter), die am 27. Juni stattgefunden hatte. Alle Voraussetzungen, die eine reibungslose Tagung für diesen Tag ermöglichten, waren bereits in wochen- und monatelangen, den beiden Verbandstagen vorausgehenden Verhandlungen geschaffen worden, und wenn auch in diesen Tagungen selbst in Köln noch einige Schwierigkeiten zu überwinden waren, so darf doch gesagt werden, daß Delegierte und Gäste, die Zeugen dieses geschichtlichen Wendepunktes in der deutschen Eisenbahnerbewegung gewesen sind, sichtlich ergötzt waren; als unter minutenlangem Beifall aller Teilnehmer der bisherige Vorsitzende des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Schöffel, die Erklärung abgeben konnte: „Damit ist die Einheitsorganisation ins Leben getreten“. Auch wir begrüßen es, daß es auf dieser Kölner Tagung gelungen ist, den Einheitsverband der Deutschen Eisenbahner zustande zu bringen. Wir hoffen und wünschen, daß es ihm unter seinem neuen Vorstand recht bald gelingen möge, auch noch die übrigen vorhandenen Eisenbahnerverbände, deren wir leider immer noch zuviel haben, in die Einheitsorganisation hineinzubringen. Wir begrüßen diesen Zusammenschluß aber auch vom Standpunkt unserer Organisation und möchten der Hoffnung Ausdruck geben, daß aus diesem Kölner Ereignis auch die uns befreundeten Beamtenorganisationen, Feuerweh und ADR. I recht bald die nötige Zusammenarbeit ziehen.

Daß im Zeichen der Jahrtausendausstellung der Deutsche Eisenbahnerverband in Köln getagt hat, war ein besonders glückliches Omen; denn dadurch war es den Delegierten und Gästen möglich, eine Ausstellung zu besichtigen, in der der geschichtliche Werdegang des Rheinlandes in des Wortes vollendetster Bedeutung zum Ausdruck gebracht wird. Wenn die Delegierten, die in Köln versammelt waren und diese Ausstellung besucht haben, sich auch besonders haben angelegen sein lassen, den Teil der Ausstellung zu besichtigen, wo an Hand von graphischen Darstellungen und Tabellen die deutsche Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung gezeigt wurde, dann wird es ihnen erst recht zum Bewußtsein kommen, was durch zähe und energische Arbeit auf diesem Gebiete geleistet werden kann. Wir sind überzeugt davon, daß der neue Einheitsverband in seiner Gesamtheit weitestgehend wird, um im Rahmen der deutschen Arbeitnehmerbewegung für die Zukunft eine ausschlaggebende Rolle zu spielen.

## Die Tariff Kommission der Reichsarbeiter

tagte am 22. Juni 1925 im Gewerkschaftshaus zu Berlin. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Einführung einer Pensionstafel“ referierte Kollege Scharfau. Er erläuterte an Hand der einzelnen Paragraphen den vom Verbandsvorstand vorgeschlagenen Entwurf. Abgesehen von einigen Änderungen, die noch vorgeschlagen wurden, fand der Entwurf im Grundprinzip die völlige Zustimmung der Tariffkommission und ist bereits den zuständigen Ministerien überreicht worden. Da gleichzeitig ähnliche Bestrebungen auch bei den Arbeitern der Reichspostverwaltung vorhanden sind, so muß wahrscheinlich damit gerechnet werden, daß bei der praktischen Durchführung der Ruhelohnerverförmungstafel es sich nur um die Einführung einer allgemeinen Ruhelohnerverförmungstafel für alle in den Reichsbetrieben beschäftigten Arbeiter handelt. Dieses liegt sicherlich auch im Interesse unserer Kollegenschaft. Wir werden nimmere mit aller Energie vorzugehen, die Verhandlungen so rasch wie möglich zum Abschluß zu bringen, damit auch endlich diese für unsere Kollegen in den Reichsbetrieben und Verwaltungen so überaus bremmende Frage ihre Erledigung findet. Die Einreichung des Entwurfs zeigt aber aufs neue wieder, wie sehr die Organisationsleitung dauernd befreit ist, die soziale und wirtschaftliche Lage unserer Kollegenschaft zu heben. So sollte auch dieser Vorgang wieder nicht ungenützt bleiben, eine intensive Agitation unter den Reichsarbeitern zu entfalten.

Ueber Punkt 2 der Tagesordnung: „Die Durchführung des TAR und die gegenwärtigen Lohnverhältnisse der Reichsarbeiter“ referierte Kollege Stetter. Er erläuterte im einzelnen noch einmal die sich bei der praktischen Durchführung des TAR ergebenden Streitfragen, über die wir bereits in Nr. 24 der „Gewerkschaft“ berichteten. Ein besonderes Kapitel bildet die Lohnfrage. Hier ist leider zu sagen, daß sich die Reichsregierung trotz aller unserer Bemühungen immer noch nicht von dem Standpunkt abbringen läßt, sich bei der Festlegung der Löhne nur an die Lohnsätze der Metallindustrie zu halten. Wie unberechtigt dieser Standpunkt ist, geht am besten daraus hervor, daß heute in den Handwerksbetrieben der Metallindustrie fast durchweg bedeutend höhere Löhne gezahlt werden, als sie vom Reiche festgesetzt sind; aber selbst das läßt das Reichsfinanzministerium nicht gelten, sondern hält sich an die tariflichen Löhne der Fabrikbetriebe. Da dort fast überall im Accord gearbeitet wird, verdienen die Arbeiter in der Praxis bedeutend mehr als in den Tarifverträgen vereinbart ist und geben damit auch beträchtlich über das hinaus, was den Reichsarbeitern gewährt wird. — Auch die Eisenbahnerlöhne können unmöglich auf die Dauer als Vergleich für die Betriebs- und Verwaltungsarbeiter herangezogen werden, denn auch dort steht nachweislich fest, daß die meisten Arbeiter entweder im Gehingeverfahren arbeiten oder durch Leistungszulagen usw. erheblich über die Löhne der Betriebs- und Verwaltungsarbeiter hinauskommen.

In der Diskussion wurden die Ausführungen des Kollegen Stetter unterstützt und zum Teil durch praktische Beispiele aus den einzelnen Orten noch wesentlich ergänzt. In sehr erregten Worten wurde das Verhalten der derzeitigen Reichsregierung kritisiert und schließlich allgemein zum Ausdruck gebracht, daß eine Kündigung des Lohnarbeitsvertrages sobald als möglich vorgenommen werden müsse. Schließlich fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die am 22. Juni in Berlin tagende Reichstarriffkommission der im Gewerbe- und Staatsarbeiterverband organisierten Reichs- und Staatsarbeiter protestieren mit aller Entschiedenheit gegen die von der gegenwärtigen Reichsregierung eingeschlagene Lohnpolitik. Die Konkreten fordern den Verbandsvorstand auf, unverzüglich mit den übrigen in Frage kommenden Organisationen in Verbindung zu treten und darauf hinzuwirken, daß eine gemeinsame Bewegung aller in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeitnehmer eingeleitet wird, die zum Ziele hat, eine sofortige Erhöhung der Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten.“

Sollten diese vom Verbandsvorstand unternommenen Bemühungen scheitern, so beauftragt die Tariffkommission den Verbandsvorstand, den Lohnarbeitsvertrag für die Reichsarbeiter zu kündigen.“

Der Verbandsvorstand hat in Ausführung dieser Resolution bereits mit den übrigen Organisationen Föhrung genommen. Es hat sich dabei ergeben, daß auch dort allgemein die Auffassung besteht, die Lohnarbeitsverträge sobald als nur irgendmöglich zu kündigen. Aus tatsächlichen Gründen wurde aber davon Abstand genommen, die Kündigung sofort auszusprechen, sondern beschlossen, noch einen Monat abzuwarten, und zwar vor allen Dingen deshalb, weil zurzeit in der Privatindustrie eine ganze Anzahl Lohnverhandlungen in der Schwebelage sind. Unsere Kollegen können aber mit Bestimmtheit damit rechnen, daß der Lohnarbeitsvertrag zum 1. August gekündigt wird. An den Orten, wo die Verhältnisse besonders ungünstig sind, soll eine Revision der Ortslohntabelle stattfinden. Die Verhandlungen darüber sind bereits im Gange.

D. St.

## Das Deutsche Museum in München.

II. (Schluß.)

Die Optik bringt die mannigfaltigste Entwicklung unseres Sehvermögens, Erforschung des Lichtes — Spiegel — Prismen — Linsen — Fernrohre — Mikroskope wie die Kinematographie bringt diese Abteilung.

Unserem Sinn, Gehör ist die Abteilung Kunsttät gewidmet. Tonerzeugung und Resonanz — Entwicklung der Tonleiter usw. Alle nur denkbaren Musikinstrumente wie Flöten, Klarinetten, Geigen, Pauten und Trompeten, das Waldhorn, die Posaune, der Bass, die Zither, Gitarre, die Harfe in schier unzählbaren Einzelstücken, Stimmgabeln, Glocken, Zimbeln und was weiß ich sonst noch. Die Entwicklung des Klaviers, vom Spinett angefangen bis zum herrlichsten Flügel, ferner die verschiedensten Formen der Orgel. Die Musikinstrumente geben beim Versuchen der Instrumente gewöhnlich eine jämmerliche Rohknuffel, bis dann ein Spielkundiger auf der elektrischen Orgel durch einen Choral von Bach oder eine Sinfonie von Beethoven Verjüngung — Weltentrücktheit — auslöst. Der Genius der Musik feiert hier seine Triumphe.

Chemie. Hier kommt unser Sinn des Geschmacks, wie auch der des Geruchs zu seinem Recht, wenn auch ohne direkte Absicht. Das chemische Laboratorium des 16. und 17. Jahrhunderts gewährt reichen Einblick in die Anschauungswelt des Mittelalters. Zauberkunst, Zauberkunst — Hegenküche. Die Chemie der Neuzeit — Aufbau der Materie — anorganische und organische Chemie und Industrie — Kuchentorte — Nahrungsmittelchemie sind die hauptsächlichsten Gebiete. Besonders erwähnenswert wie sehrreich ist der Stammbaum der Steinkohlenprodukte, an einer ganzen Wandseite dargestellt. Über 550 Präparatengläser mit den verschiedensten chemischen Stoffen wie Leucht-, Mittel-, Schwer- und Anthrazenole, rarer Benzol, Iokhol, Phenol, Kreosol, Naphthalin, ferner einer Unzahl organischer Farbstoffe wie Alizarin, Indigo, Indanthren, die sogenannten Leuchtfarben. Keineswegs bietet der Stammbaum der Braunkohle. Im Ehrensaal der Chemie ist dem hervorragendsten Chemiker ein Ehrengedächtnis gewidmet.

Eine besondere Abteilung ist dem Bauwesen gewidmet. In der Hauptgruppe davon, dem Bohn- und Städtebau, ist mit Hilfe von Modellen die Entwicklung des Bohnhausbaues von der Hütte, den Pfahlbauten der Naturvölker wie Urwölker angefangen, bis zur Neuzeit dargestellt. In dieser Abteilung wird die städtische Wasserversorgung, Kanalisation, die Gas- wie Elektrizitätsversorgung zur Schau gebracht. Straßen- wie Häuserquerschnitte veranschaulichen diese modernen Einrichtungen, Einzelheiten, so sehrreich sie auch sind, müssen leider ohne nähere Erläuterung bleiben. — Singsingen und selbst sehen und lernen.

Dann kommt die Astronomie. Die Namen Ptolemäus, Kopernikus, Galilei geben den einzelnen Sätzen das Gepräge. Das Zeiss-Planetarium ist eine wohlberühmte Sehenswürdigkeit für sich. Im dunkeln Raum steigen am künstlichen aber naturwahren Nachthimmel die jeweils dem Sonnen- oder Erdenstand entsprechenden Sternbilder, der Mond, Jupiter, Venus, Mars, Uranus auf und unter. Mit den in der Kuppel angebrachten Fernrohren wird das Häusermeer der Stadt München im einzelnen in Augenschein genommen. Von ferne grünen die Häupter der schneebedeckten Berge der bayerischen Alpen, darunter die bedeutendste, die Zugspitze, mit ihrem 2964 Meter hohen Gipfel.

Doch damit ist das Gebotene noch nicht erschöpft, obwohl der Besucher bei der Beschäftigung eine Strecke von 9 bis 10 Kilometer zurückgelegt hat. Eine kurze Rast im Erfrischungsraum bietet willkommenen Erholungsgelegenheit. Mit neu gesammelten geistigen wie körperlichen Kräften werden die letzten Abteilungen in Augenschein genommen. Nach der Besichtigung kommt jetzt die Textilindustrie an die Reihe. Von der Gespinnstfaser, wie Wolle, Baumwolle, Flachs usw. angefangen, bis zu den verschiedenartigsten fertigen Geweben, von den einfachsten primitivsten Methoden des Spinnverfahrens bis hinauf zur vollkommensten maschinentechnischen Verfertigung unserer Bekleidungsgegenstände, umfasst diese Abteilung. Die Papierfabrikation ist nicht minder interessant wie sehrreich. Umfangreich ist das dargestellte Gebiet der Reproduktionstechnik, wie Malerei, das Schriftentum des Mittelalters, das neuzeitliche Buch, wie Zeitungsdruckverfahren, alsdann die Photographie. Als letztes Gebiet sei die „Landwirtschaft“ genannt. Auch hier ein reichhaltiger Anschauungsunterricht. Bodenbearbeitung, Düngung usw., Entwicklung der Bodenbearbeitungsgeräte, namentlich des Bodenpfluges bis hinauf zum Dampf- bzw. Motorpflug, Mäh- und Dreschmaschine, Kläpelmühle, Kuh- und Pferdehaltung — Seeräucherung — Milchverarbeitung mit den dazu gehörenden Geräten. Mit der Beschäftigung der Brauerei- und Brennereindustrie ist der

Schluss erreicht. Nach einer Fahrt im Fahrstuhl zur Plattform des 64 Meter hohen Aussichtsturms, von der aus sich dem Auge ein wunderbarer Rundblick über Münchens nähere wie fernere Umgebung bietet, ist die Beschäftigung und damit das Tagewerk beendet.

Die gewonnenen Eindrücke sind ungewöhnlich. Die Vielgestaltigkeit ist kaum zu fassen. An Hand des gedruckten amtlichen Führers gleitet vieles des Gesehenen nochmals am geistigen Auge vorbei. Groß, erhaben, unbezähmbar mächtig, voller Wunder scheinen die wilden Naturkräfte. Ebenso groß, voller Wunder, in seinem Wissensdrang unbezähmbar, göttlich, genial erscheint der Menschengestalt als Schöpfer der Wunderwerke der Technik, mit deren Hilfe der Mensch die Naturkräfte zähmt, sie sich dienstbar macht.

### • Betriebsräte •

Unfall eines Wasserbauarbeiters auf dem Rückwege von der Betriebsratswahl, bei welcher er als Wahlleiter fungierte, als einschlagungspflichtiger Betriebsratswahl anerkannt. Der Wasserbauarbeiter R. in R. ist am 18. Juni 1924 auf dem Rückweg von der Betriebsratswahl verunglückt und am 23. Juni 1924 an den Folgen des Unfalls gestorben. Die Witwe des Verstorbenen hat Antrag auf Gewährung des Sterbegeldes und der Hinterbliebenenrente gestellt, weil die Fahrt im Interesse des Betriebes erfolgt sei. Mit Bescheid der Obersten Baubehörde wurde der Hinterbliebenenantrag abgelehnt, weil die Teilnahme an der Betriebsratswahl — als Mitglied des Wahlausschusses — nicht als eine betriebstechnischen Zwecken dienende, der Unfallversicherung unterliegende Tätigkeit angesehen werden kann. Dagegen wurde Berufung erhoben und das Oberverwaltungsamt München hat mit Urteil vom 19. Dezember 1924 Nr. 14/31/24 die Beklagte für verpflichtet erklärt, der Klägerin die Hinterbliebenenrente sowie das Sterbegeld zu gewähren.

### • Aus unserer Bewegung •

Krupatz-Saarland. Am 21. Juni sprach in Landau Kollege Kurpat-Berlin in einer Beamtenversammlung der pfälzischen Reichsvermögensstellen über „die wirtschaftliche Lage der unteren Beamten, und wie kann dieselbe behoben werden“. Kurpat, der den beamteten Kollegen aus vollem Herzen sprach, hob hervor, daß die Erfolge eines Volkes immer von seiner geistigen Fähigkeit abhängt. Von der geistigen Entwicklung und Fähigkeit der Anhänger der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenbewegung hängen auch die Früchte ihrer Bewegung ab. Der Referent verstand ein lebendiges Bild zu geben, von der geistigen und sozialen Einstellung der Herrschenden im Mittelalter, gegenüber den Arbeitenden und Armen, wo immer noch der Grundfah bestanden hat, daß auch für den Armen die Ernährung sichergestellt sein muß. Im Gegensatz hierzu befindet sich im heutigen Industriestaat die bestehende Klasse, deren ganzes geistiges Können auf Egoismus eingestellt und aufgebaut ist. Seine Erfolge verdankt diese Klasse seinem Organisationsstand, dem wir auch den unsozialen Zug der heutigen Zeit zu verdanken haben. Die Organisationen der Besitzenden, deren Einfluß bis in die höchsten Regierungsstellen reicht, zwingt den Beamten, auch für sich eine Organisation zu schaffen, die mit geistigen Waffen ausgestattet, dem Beamten das verschafft, was er, um seine Kulturaufgaben erfüllen zu können, braucht. Diese Organisation ist in dem ADB geschaffen, dem unsere Beamtenabteilung als Mitglied angehört. Kollege Kurpat ließ die letzte Besoldungsordnung, insbesondere die Stellungnahme der bürgerlichen Parteien, sowie die des Beamtenbundes hierzu, Revue passieren, wobei er auch die Denkschrift des Reichsfinanzministers einer zwar scharfen, aber sachlichen Kritik unterzog. Der starke Beifall, der dem Redner am Schluß zuteil wurde, beweist am besten, daß die Ausführungen auf guten Boden gefallen sind. In der anschließenden Diskussion kam einmütig die Erkenntnis zum Ausdruck, daß nur durch die dem ADB angeschlossenen Beamtenorganisationen die wirtschaftliche Lage der unteren Beamten gehoben werden kann. Für diese Organisationen zu werden, ist Ehrenpflicht aller Schicksalsgenossen. Nachdem der Gauleiter, Kollege Hund, einige Mitteilungen über die Einflüsse der Haus- und Kellernwärter in die BD. gemacht hat, konnte die wichtige Versammlung geschlossen werden.

Konferenz für den Wirtschaftsbezirk Frankfurt a. M. Die Sitzung des Wirtschaftsvereins Frankfurt a. M. hatte die erwähnten Vertreter genannten Verbandsgebieten zu einer Konferenz auf den 13. und 14. Juni 1925 nach dem schön gelegenen Hessischen Staatsbad Bad Nauheim eingeladen. Zu dieser Konferenz waren aus 25 Filialen 47 Delegierte erschienen, wozu noch 3 Gauleiter, 6 Gewerkschaftsmitglieder und 1 Vertreter des Verbandsvorstandes hinzukamen. 16 Filialen, allerdings die kleinsten, waren an dieser Konferenz nicht vertreten. Der Leiter des Wirtschaftsbezirks, Kollege P e h o l d, erläuterte in seinem Vortrag den gedruckten vorliegenden Geschäftsbericht, wobei er besonders hervorhob, daß überall, in allen Orten und Betrieben, ja sogar auf dem platten Lande, die Anforderungen der Inflation überwunden seien, und namentlich im abgelaufenen Geschäftsjahr über reges Leben bemerkt gemacht habe, und die Organisation zum Teil überraschende Fortschritte



gemacht hatte. Die eigenartige Struktur des Wirtschaftsbezirks der im Süden und Westen um Frankfurt und Darmstadt herum und am Rhein entlang stark mit Industrie durchsetzt, teilweise sogar vollgepropft zu nennen sei, während im Norden in der Gegend Fulda, Kassel, Limburg die Landwirtschaft vorherrschend, habe es mit sich gebracht, daß in diesem großen Bezirk, der seine westliche Grenze am Saargebiet findet, bis jetzt keine einheitlichen Tarif- und Lohnverhältnisse erreichbar waren. In diesem Gebiet sind drei Arbeitgeberverbände vorhanden, nämlich der Rhein-Mainische, der Hessens-Nassauische und die Vereinigung der Kohlestädte. Außerdem besteht ein Tarifverhältnis mit dem hessischen Staat für die Heil- und Pflegeanstalten, ebenso für die Straßenwärter und viele andere mehr; so daß im ganzen 38 Tarifverträge, wovon 9 Bezirksarbeitsverträge sind, bestehen. Unter die Tarifverträge fallen rund 24 700 Beschäftigte. Für 80 Proz. der Beschäftigten ist es dem Verband gelungen, den Achtfundentag zu erhalten. Zieht man von der Gesamtzahl der Beschäftigten die 2900 Straßenbahner ab, für die der Neunfundentag gilt, so ergibt sich, daß von den Arbeitern der übrigen Gemeindebetriebe 85 Proz. den Achtfundentag behalten haben. Die Löhne betragen am 1. Januar 1924 in Hessen-Nassau für gelernte Arbeiter 0,50 Mt., für Ungelernte 0,40 Mt. und stiegen bis jetzt auf 0,75 Mt. und 0,64 Mt. Diese Steigerung beträgt prozentual 50 bis 60 Proz. Im Rhein-Mainischen Gebiet sind vom 1. Januar 1924 die Löhne von 0,54 Mt. für gelernte Arbeiter und 0,44 Mt. für ungelernete Arbeiter, bis jetzt auf 0,81 und 0,66 Mt. gestiegen, prozentual ausgedrückt beträgt diese Steigerung 50 Proz. Durch das Vorhandensein dieser vielen Tarifverträge machen sich eine Unzahl von Lohn- und Tarifverhandlungen, Schiedsstellen, Schlichtungsausschüssen und Konferenzen notwendig. Rechnet man die zum Zwecke der Agitation einberufenen Versammlungen dazu, so ergibt sich, daß die Gauleiter an 477 solcher Veranstaltungen teilnehmen mußten. In der Diskussion wurden Wünsche für die fernere Verbandsarbeit vorgetragen und Anträge zur Tarif- und Lohnpolitik unterbreitet. Es wurde gemüßigt, unserer Beamtensektion besondere Aufmerksamkeit zu schenken und den Interessen verschiedener in sich geschlossener Gruppen innerhalb unseres Verbandsgebietes mehr Geltung zu verschaffen. Allgemein kam aber zum Ausdruck, daß die Bezirksarbeitsgeberverbände ihre Aufgabe darin erblicken würden, die sozialen Erwerbschancen der städtischen Arbeiter mehr und mehr herabzudrücken, und im innigen Zusammenarbeiten mit den Arbeitgeberverbänden der Industrie die Löhne auf einem völlig unzureichenden Stand zu halten. Diesen Arbeitgeberansschauungen mußte der schärfste Widerstand seitens der Kollegenchaft als auch der Verbandsinstanzen entgegengelehrt werden. Aus dem vom Kollegen Obner gehaltenen Vortrag über die „Verbindung der Elektrizitätswerte untereinander“ war ersichtlich, daß die sogenannte Ringbildung in der Energiewirtschaft kolossale Fortschritte macht und scheinbar keine Grenzen kennt. So reichen z. B. solche Ringleitungen von den Walschenseewerken in Bayern bis in unser Gebiet, während von der anderen Richtung Verbindungen der Kraftwerke Kassel, Weiserwerke, Hannover, Worms usw. bestehen. Diese Verbindungen der Elektrizitätswerte (Dampf- und Wasserkraftanlagen) machen es fast unmöglich, ohne genauestes Studium die Zusammenhänge der Elektrizitätsversorgung zu erfassen. Es wird daher Aufgabe unserer Organisation sein, diese Entwicklung aufmerksam zu verfolgen, damit unsere Kollegenchaft in diesen Werten bei einem Kampf um Besserung der Arbeitsverhältnisse nicht zur Machtlosigkeit verurteilt wird. Der Referent wünschte, daß der Verbandsvorstand baldmöglichst eine Konferenz der Elektrizitäts- und Gasarbeiter einberuft, um diese brennenden Fragen eingehend zu erörtern und regt an, Vorarbeiten zur Bildung einer Sektion der Elektrizitäts- und Gasarbeiter zu leisten, damit diese wichtige Gruppe unseres Verbandes die Möglichkeit erhält, in dem rasenden Fortschritt der technischen Entwicklung die Forderungen der Arbeiterschaft zu sichern. — Kollege Becker vom Verbandsvorstand ergänzte dieses Referat dahin, daß solche Ringbildungen der Elektrizitätsindustrie in ganz Deutschland vorhanden waren, und wir Ursache hätten, alles zu tun, daß daraus kein Schaden für die in diesen Werten beschäftigten Arbeiter entsteht. Ähnlich scheinen sich die Dinge bei den Gaswerken zu entwickeln, wo man ganze Provinzen und Wirtschaftsbezirke mit der sogenannten Ferngasversorgung von einem oder mehreren Zentralpunkten aus beliefern will. Hier ist das Hauptaugenmerk darauf zu richten, daß diese Ferngasversorgung nicht in die Hand der Privat-Industrie gelegt wird, was zu unabwehrbaren Folgen für die Arbeiterschaft selbst und zu einer Ausbeutung der Bevölkerung durch diese Monopol-Betriebe führen würde. Unser Bestreben muß es sein, die Gas- und Elektrizitätsversorgung, einschließlich der Ferngas- und Großkraftwerke, in die öffentliche Hand zu bringen und solcher Art die Interessen der konsumierenden Bevölkerung mit unseren Arbeiterinteressen zu verbinden. Aus dem Bericht über den neu abgeschlossenen Reichsarbeitsvertrag ist zu entnehmen, daß die Geschäftsstelle des Reichsarbeitsgeberverbandes nachträglich mit Erfolg versucht hat, den Bestimmungen der §§ 7 und 13, die eine Erhöhung der Zuschläge für Sonn- und Feiertagsarbeit von 25 und 50 Proz. auf 50 und 100 Proz. vorsehen, illusorisch zu machen. Die Auslegung dieser Tarifbestimmungen durch die Reichsgeschäftsstelle ist fast als gegen Treu und Glauben verstößend anzusehen, da der Wille der Verhandlungsteilnehmer bei Abfassung der Bestimmungen der war, den im Jahre 1923 vor-

handenen Zustand wieder herbeizuführen, nicht aber tarifswidrig Zustände aus dem Vorjahre zu sanktionieren. Leider hat der Zentralausschuß in mehreren Entscheidungen den unschönen Auslegungsfällen des Reichsarbeitsgeberverbandes Rechnung getragen, trotzdem bekannt ist, daß eine ganze Reihe von Bezirksarbeitsgeberverbänden mit dieser Haltung ihrer Reichsgeschäftsstelle absolut nicht einverstanden sind. Welches Nachspiel diese Vorgänge noch haben werden, ist im Augenblick nicht zu sagen, jedenfalls aber muß versucht werden, durch nochmalige Verhandlung diese Bestimmungen in unserem Sinne zu ändern. Kollege Becker-Berlin erläuterte noch die Vorlage des Verbandsvorstandes zur Abänderung der Statuten, die auf der kommenden Verbandstagung keine allzu große Veränderung erfahren würden, da sich unser Statut in seiner jetzigen Gestalt als durchaus brauchbar erwiesen habe. Nach Erledigung einer Anzahl eingereicherter Anträge wurde die interessante Tagung am Sonntag nachmittag 4 Uhr von dem Kollegen Schmeier mit einem Hoch auf den Verband geschlossen. Die Naheimer Filialleitung hatte durch eine Besichtigung der Kuranlage ein geselliges Beisammensein der Delegierten mit der dortigen Kollegenchaft viel dazu beigetragen, daß diese Konferenz nicht so schnell vergessen werden wird.

**Blumenthal.** In den letzten Monaten machte sich in unserer Filiale der Dank für monatelange Werbearbeit bemerkbar. Das Kraftwerk „Unterweser“ Farge, welches seit ca. einem Jahre in Betrieb ist, hatte bis dahin noch keinen empfindlichen Boden für die Organisation gezeigt. Alle Versuche unserer Filialleiter, bis uns schließlich unser Verbändeter, „die Rot“, zu Hilfe kam. Wie aus den Worten gebrochen ertönte einstimmig der Ruf nach der Organisation. Fast restlos stärkten sie unsere Reihen. Hoffentlich werden uns unsere neuen Kollegen, die von uns mit Freude aufgenommen wurden, unterstützen in unserer Arbeit, so daß wir sie nicht nur aus den Büchern, sondern auch persönlich kennenlernen. Es genügt nicht, wenn man bloß seinen Beitrag zahlt. Nur stete Zusammenarbeit sichert den Erfolg.

**Bonn.** Eine ganz neue Agitationsweise entwickeln hier bestimmte Leute, die zwar selbst keine Katholiken, aber mit diesen Leimruten gern einige unserer Kollegen zu sich in den „richtigen“ Verband bringen wollen. Entspricht sich da in einem Straßenbahnbahnhof folgende Unterhaltung: „Du bist doch ein guter Katholik, du hast doch auch Kinder, die christlich erzogen werden usw. und da kannst du doch nicht in dem jetzigen Verband bleiben, dein Platz ist im christlichen Verband!“ — Antwort des Kollegen: „Was ich bin, geht dich nichts an und kümmere dich nicht darum.“ Es ist dieses nicht der erste oder einzige Fall, wo die evangelisch getauften Sendboten der anderen Organisation die „falsch“ Organisierten in das Reich des Himmels führen wollen. Weshalb man diese fremden Kräfte benutzt? Ob man irgendwo einige Vögel hat oder ist es der Befehl von Fulda, der doch nur für die Katholiken gelten soll. — Anders sieht es in dem ehemaligen rein christlichen Betrieb der Stadtbahnen aus, wo heute leider etwa 80 Bahner überhaupt keinen Beitrag mehr zahlen und wo die Frechheit dieser Heiden so weit geht, daß vor wenigen Tagen ein Bahner namens Weber auf dem Wagen erklarte, „wenn wir den richtigen Betrieb hätten, nähmen wir Knüppel und schlugen die Organisierten heraus“. — Glückauf dem mutigen Mann.

**Gießen.** Am 25. Juni d. J. verstarb im Alter von 48 Jahren unser Kollege Friedrich Schupp. Er war beim Gaswerk beschäftigt. Als Gründer unserer Filiale im Jahre 1907 wurde er damals zum ersten Vorsitzenden gewählt und hat seit dieser Zeit dauernd dem Vorstand angehört. Das bedere, stille und trotz der durch den Krieg verursachten Krankheit immer heitere Wesen war es, was diesem Menschen innerhalb seiner Mitarbeiter, der Filiale und auch bei dem Arbeitgeber einen großen Kreis Freunde brachte. Die reife Denkungsweise, immer bereit, Gegenätze auszugleichen, seine ruhige Art zu handeln, verbunden mit steter Hilfsbereitschaft und seine aufopfernde Tätigkeit haben ihm ein dauerndes Denkmal gesetzt, das uns stets vor unseren Augen stehen soll. Die Filiale sowie alle Kollegen verlieren in dem Verstorbenden einen der Besten aus der Arbeiterbewegung.

### • Internationale Rundschau •

**Der Siegeszug der Tagesarbeit im Bäckergewerbe.** Die 7. Internationale Arbeitskonferenz hat mit 81 gegen 26 Stimmen die Konvention über die Arbeit in den Bäckereien angenommen. Mit der Annahme der Konvention hat eine wichtige Episode in dem Kampfe der Bäckerarbeiter gegen die Nacharbeit ihren Abschluß gefunden. Die in Genf beschlossene Konvention geht jetzt an die Regierungen aller Staaten, die der Internationalen Arbeitsorganisation angeschlossen sind. Diese haben sich über die Ratifizierung auszusprechen. Der Kampf der Bäckerarbeiter wird in Zukunft darauf gerichtet sein müssen, alle Kräfte zu mobilisieren, die für die Erwirkung der Ratifizierung in Betracht kommen.



• **Eingegangene Schriften und Bücher** •

**Karl Kautsky: Die Internationale und Gewerkschaften.** Preis kartoniert 6,75 Mk., Ganzleinen 7.—. **M. Verlag J. & W. Dietz Nachf., Berlin.** Kautsky erörtert darin die Stellung der Sozialistischen Arbeiter-internationale zum Volkswirtschaftswesen, wobei er besonders auf die Aufgaben hinweist, die nach seiner Meinung den der Sozialistischen Arbeiter-internationale angeschlossenen Parteien erwachsen, in ihrem Wirken zugunsten der Demokratie und der selbständigen Massenbewegung des Proletariats in Russland. Auch mit der Möglichkeit innerer Erhebungen gegen das bolschewistische Regierungssystem setzt sich Kautsky auseinander. Den vorbereteten Ruffand als Mittel zur Gewinnung der Demokratie lehnt er ab, verlangt aber, daß die russischen Sozialisten im Falle spontaner Erhebungen die Führung an sich ziehen müssen. Solche spontanen Aufstände seien nach Kautsky weder herbeizuführen noch hindern, aber es könnten damit große politische Wirkungen erzielt werden, wenn sie eine große Ausdehnung erreichten. Kautsky kommt deshalb zu dem Schluß: Die Internationale kann die Teilnahme an allgemeinen Erhebungen dieser Art nicht verweigern. Läte sie es, so würde sie damit die Volksbewegung nicht verhindern, wohl aber betreiben, daß die empörten Massen sich ganz der Leitung der Reaktionäre anvertrauen, die ebenso wie wir, wenn auch aus verschiedenen Gründen, den Volkswirtschaftswesen bekämpfen. Wir wollen an Stelle des Volkswirtschaftswesens die Demokratie setzen. Die Revolutionäre wollen durch ihre eigene Diktatur die der bolschewistischen Partei verhängen. Die Internationale wünscht jedoch keineswegs, daß es zu solchen Erhebungen kommt, deren Ausgang ungewiß, deren Verheerungen und Leiden auf jeden Fall ungerade sind. Sie sieht dem Bürgerkrieg jede andere Art des Druckes vor, durch den die Demokratie gebürgert werden könnten, ihre Methoden der Unterdrückung aufzugeben oder doch zu lindern.

Ein reichhaltiger, wissenschaftlich wohlgeleiteter Spezialteil, nach dem in Farben, Schmelz mit einer Reihe anderer hochinteressanter Tafeln und Karten die mit anerkanntester Präzision ermittelte soziale Versorgung des kleinen Brodhaus, besonders des Weizens in einem Band. Die beiden Tafeln Nahrungsmittel sind dadurch besonders wertvoll, daß sie die wichtigsten Bestandteile der menschlichen Nahrung nach ihrer Zusammensetzung aus Grundstoffen, ihrem Kaloriengehalt und, als etwas ganz Neues, auch den Gehalt an Vitaminen in einer ungewöhnlich übersichtlichen graphischen Darstellung zeigen. Die Vitaminfrage hat, wie man neuerdings kennenlernt hat, für die Erhaltung des menschlichen Lebens außerordentlich wichtig und dürfen in der Nahrung nicht fehlen. Wie zeitgemäß der kleine Brodhaus auch sonst ist, zeigen z. B. die beiden Tafeln Vitaminsubstanzen. Die fünf Textbogen der zweiten Lieferung bringen

das Ende des „Volkswirtschaftswesens“ und schließen mit dem Satzwort „Druck“; sie umfassen über 300 Textblätter und wertvolle Illustrationen, wie Botanik, Zoologie, Chemische Elemente; sie alle beweisen, daß der kleine Brodhaus ein wertvolles Hilfsmittel ist, das alle in unserer Zeit erforderlichen Kenntnisse in einfacher gebräuchlicher Form vereinigt. Wie rasch die Reaktion, durch die Unterdrückung durch die auf moderner Höhe stehenden graphischen Werke der Firma Brodhaus, den Zeitvergnüger folgen kann, beweist der Artikel Deutsches Reich, in dem schon der neue Reichspräsident genannt ist. Was die erste Lieferung betrifft, hat, hält die zweite, und wer können unsere Leser war empfinden, sich die schönsten Stellen der Subskription nicht entgehen zu lassen, die bald geklopfen werden soll. Jeder Buchhändler gibt darüber nähere Bescheid. Nebenbei weisen wir auch auf das Preisverzeichnis hin, das allen Subskribenten des kleinen Brodhaus offenliegt.

**Kurt Wachamer: Vom Diktator.** Eine erste Anleitung und Einführung für Kinder- und Jugendgruppen. Berlin 1925. 48 Seiten. Preis kartoniert 0,80 Mk. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 68, Belle-Alliance-Platz 7/8.

Das Diktator hat seit einiger Zeit in vielen Jugendgruppen und vor allem bei den Kindergruppen Eingang gefunden. Es wird besonders von den Jünglingen mit großem Eifer geübt und hat den verantwortlichen Leitern ihrer Aufgabe erleichtert, die ihnen anvertrauten Schülinge an den langen Winterabenden geschäftig und anregend zu unterhalten. Der Arbeiterjugend-Verlag hat sich auch dieses Arbeitsgebietes sozialistischer Erziehung angenommen und in seiner wichtigsten Schriftenreihe ein Heftchen herausgegeben, das den Leitern von Kinder- und Jugendgruppen eine gute Anleitung zum Diktator gibt. Der Verfasser hat zunächst kurz den Zweck des Diktators und dann in einfacher und übersichtlicher Art alle wesentlichen Fragen des Diktators dargestellt: wie Arbeitskreis, Werbung, Diktatormaterial und das Diktator selbst behandelt. Weitere Kapitel zeigen die großen Möglichkeiten, die das Diktator bietet und enthalten eine Situationsangabe über das Diktator. Durch die ganze Schrift geht die Überzeugung durch, daß das Diktator eine ausgezeichnete Gelegenheit ist, um im Kreis und in den Jugendgruppen die Freude an der häuslichen Arbeit lebendig zu erwecken.

**„Selbes Versehen“.** Das Erkenntnisproblem des Jungmädchens. Ein offener Brief an die Frauenwelt. Von Dr. Ludwig Bergfeld. Preis 0,80 Mk. Verlag „Der Syndikalist“, Fritz Kater, Berlin D. 34.

**„Die menschliche Natur“.** Von Dr. Felix K. Theodor. Preis 0,40 Mk. Verlag „Der Syndikalist“, Fritz Kater, Berlin D. 34.  
**„Das Jaso der Monogamie“.** Von Dr. Felix Sernau. Preis 0,40 Mk. Verlag „Der Syndikalist“, Fritz Kater, Berlin D. 34.

**„Komet-Freilauf“**  
ES GIBT KEINEN BESSEREN!

**Leitersprüche für Haut- und Bchmirranke**

**HILF DIR SELBST**  **u. kannst Du's nicht**

1. Du sollst nicht...  
2. Du sollst nicht...  
3. Du sollst nicht...  
4. Du sollst nicht...  
5. Du sollst nicht...  
6. Du sollst nicht...  
7. Du sollst nicht...  
8. Du sollst nicht...  
9. Du sollst nicht...  
10. Du sollst nicht...

**Von 20 jährigem Magenleiden befreit.**

**Schmerzhaftes Magenleiden:**  
Da ich keine Speise essen konnte, wurde ich von 20 Jahren Magenleiden befreit. Jede Speise verursachte Schmerzen, die mich nicht schlafen ließen. Ich konnte gar nicht mehr arbeiten und fast nichts mehr essen. Seit ich Ihren Tee trinke, habe ich keine Schmerzen mehr und kann schlafen und essen, was kommt, bin wie neu geboren und empfehle Sie überall. Geben Sie mir nochmals 6 Pakete zu.

**Frau Gottie Gieseler, Gieselerstr. 10, Berlin.**  
Es gibt Menschen, die nur an den Arzt glauben. Ich bin seit Jahren magenleidend gewesen und war bei vielen Ärzten, welche mir Pflaster und Mineralwasser verschrieben, aber alles ohne den geringsten Erfolg. Seit ich jedoch Ihren Berberia-Magen Tee trinke, ist mein Magen gesund geworden. Der Berberia-Magen Tee ist ein Gottesurteil! Ich habe endlich Appetit und bin völlig hergestellt. Aber nicht nur ich bin gesund geworden, sondern auch eine vornehme Dame, Frau von... und noch zwei Frauen. Wir danken Sie herzlich und werden wohl auch Ihren Tee empfehlen und Ihre Briefe unseren Nachkommen hinterlassen. Geben Sie uns nochmals 4 Pakete zu.

Schloß Oberdorf, 3. Mai 1922.

Was ich seitdem erdulden mußte, ist Ihnen mit, daß mir der von einer Bekannten besorgte Berberia-Magen Tee gut getan hat. Nach 10 Jahren langer Darmverengung fühle ich mich jetzt drei Wochen wieder wie neu geboren. Geben Sie mir

mehr Berberia-Magen Tee, welche ich meinen Obern und Herrn Gieseler, welche mir nach wiederholter Operation die Gesundheit nicht wiederherstellen konnten, diesen Tee geben und ihnen das Leben, wo ich sein, wenn empfohlen. So solche Wunderwirkung der Diktatorität mit gutem Gewissen bekannt werden darf, bitte ich darum, meine Dankbriefe an verschicken zu lassen.

**Schmerzhaftes Magenleiden, Gieselerstr. 10, Berlin.**  
Was vergie innerhalb 4 Jahren nicht fertig bringen konnten, hat Ihr Magen Tee 5 Wochen erreicht! Ich war nach 5 Wochen schon gesund, aber, da ich den Tee nie mehr ausgeben lassen möchte, bitte ich um weitere 6 Pakete unter dem Namen usw.

**Stralsund, den 20. 1. 1924.**

Ich bin seit 4 Jahren an Magenschmerzen, verbunden mit Magenkrämpfen und kolossalem Uebelriechen an Magenleiden. Aufmerksam gemacht durch Ihre Inserat in der Münchener Zeitung, ließ ich mich in der Diana-Apothek, obwohl ich wenig Vertrauen auf Heilung meines Leidens hatte, weil ich schon alle möglichen Kurzen erfolglos machte, ein Paket von Ihrem Berberia-Magen Tee holen und war sogleich erkrankt. Das ist die wunderbarste Wirkung, die ich nach dem Essen erfahren. So fühlte ich wieder Appetit ein, das kitzige Halsstücken und die Schmerzen haben sich, so daß ich Heilung habe.

schon wieder durch Ihren Tee zu erlangen. Ich esse wieder wie ich nie zuvor! Bitte Sie, meine Briefe zu lesen, denn der Speiseteil hat den Tee ausgehen lassen. So etwas ist mir unvorstellbar. Ich bitte Sie, mir 6 Pakete zu schicken, weil ich noch 6 Pakete zu schicken und damit ich Ihnen das schon im voraus. Selbstverständlich werde ich nicht vergessen, den für alle Magenleiden bestes zu empfehlen.

**Hilf Dir selbst u. kannst Du's nicht**  
Hilf Dir selbst u. kannst Du's nicht

**Dr. Gieseler, H. Gieseler, Berlin.**  
Erleben wir unseren Berberia-Magen Tee nicht als Heilmittel anbieten, sondern als Diktator. Genußmittel für Magenkrämpfe empfehlen, gingen uns innerhalb weniger Jahre ca. 1000 ähnliche Diktatorbriefe ohne unser Zutun, also völlig freiwillig, zu, die uns aber bei hohen Stellen wegen nicht als werblichen Briefen. Sie sind herzlich willkommen, aber genügend, daß unser Heilmittel Berberia-Magen Tee ein großartiges Diktator bei verschiedenen Magenleiden, Magenschmerzen, verdorbenen Magen, Magen- Darmkrämpfen, Gichtreinen, Ruffosen, Magen- überdrückung, Appetitlosigkeit, Verdauungsstörungen, nervösen Magenkrämpfen, Magenkrämpfen, Magenschmerzen usw. ist. 6 Pak. 2,50 Mk. 6 Pak. 12.—. Wenn Sie bei Bestellungen mit Bestellung. (Kurz: 2, 0 bis 12 Pakete.) Bestellung und Versand: Berberia-Kolateralschloß, Wittgenberg 200 (Baden).

## Wie entstehen, wie vergehen Hämorrhoiden?

Wie bei allen Krankheiten, so unterscheidet man auch bei Hämorrhoiden gutartige und bösartige. Hämorrhoiden, die vernachlässigt werden, können leicht bösartig werden und sind dann nicht heilbar. Im Gegenteil, sie breiten sich immer mehr aus, wandern immer tiefer in den After hinein, die Knoten werden größer und schmerzhafter und verleiden dem Kranken nach und nach jede Lebensfreude. Der Moment ist gekommen, wo bei geringen Anstrengungen die Gefahr von Blutungen akut wird und Verfalls in die Blutbahnen kommen können. Blutgerinnsel in den Adern sind aber direkt eine Lebensgefahr, da sie die Blutgefäße verstopfen.

Das Hämorrhoidenleiden ist leicht zu bessern, wenn es mit genügender Sorgfalt beobachtet und behandelt wird. Hierzu gehört dreierlei. Erstens peinlichste Sauberkeit der erkrankten Teile, zweitens Sorge für leichten Stuhlgang, aber nicht etwa, indem wahllos Abführmittel eingenommen werden, und drittens gründliche Behandlung der Afterpartie durch eine hierzu besonders geeignete Salbe. Dadurch wird der Entzündung und späteren Vereiterung der Hämorrhoiden vorgebeugt. Die kühlende Salbe muß die Schmerzen lindern und die Schrumpfung der Knoten bewirken. Die entzündungserregenden Batterien müssen vernichtet werden und eine gründliche Desinfektion des ganzen Mastdarms muß einsetzen.

Alle diese Eigenschaften sind in geradezu idealer Weise vereint in der Hämorrhoidensalbe „Humidon“. Dieses Spezialmittel wird nach den neuesten Erfahrungen ärztlicher Wissenschaft hergestellt und ist in einer reinen Zinntube mit Afterrohr bequem und überall anzuwenden. Schon nach kurzem Gebrauch verschwinden die unangenehmen Erscheinungen, wie Jucken, Schmerzen und Spannen. Die Blutungen hören auf, die Knoten schrumpfen und das Allgemeinbefinden, und damit der Seelenzustand, wird zusehends besser.

Die Hämorrhoidensalbe „Humidon“ ist tausendfach erprobt und wird allgemein gelobt, selbst von solchen Kranken, die meinten, daß ihnen nur noch eine Operation helfen könnte.

Herr Alfred D. . . , Dresden, schreibt:

„Es muß anerkannt werden, daß „Humidon“ tatsächlich das Mittel gegen Hämorrhoiden ist. Es erzeugt mit seiner sofort einsetzenden Heilkraft geradezu Wunder. Meinem Arzt habe ich glückstrahlend das Mittel gepriesen und zur Verordnung empfohlen.“

Ähnliche Anerkennungschriften liegen in großen Mengen vor. Aber auch namhafte Ärzte schlossen sich dem begeistertsten Lob der Kranken an.

Herr Dr. med. Ch. . . , Berlin, schreibt:

„Dank meiner Tätigkeit als Arzt in einem der größten Geschäftshäuser Berlins standen mir die vielen Hämorrhoidenkranken in diesem Hause für meine Beobachtungen zur Verfügung. Da mir die Bestandteile des „Humidon“ bekannt sind, so mußte ich dasselbe schon theoretisch für ein gutes Hämorrhoidenmittel halten, und die von mir erzielten Erfolge entsprachen durchaus meinen Erwartungen.“

„Humidon“ hat durchschlagenden Erfolg, und mir scheint, daß diese Salbe anderen Mitteln, besonders durch die Schnelligkeit ihrer Wirkung, überlegen ist. Ich werde weiterhin „Humidon“ den Vorzug geben.“

Die Versandapotheke der „Humidon“-Gesellschaft schickt jedem, der es wünscht, kostenlos eine ausreichende Probe „Humidon“ und eine ärztliche Aufklärungsschrift über die Entstehung, Behandlung und Heilung von Hämorrhoiden.

Verlangen Sie sofort

eine Probe „Humidon“ umsonst und schreiben Sie noch heute, ehe Sie es vergessen, an die „Humidon“-Gesellschaft m. b. H., Berlin W. 8, Block 281.

In der Sammlung

## Schriften zur „Aufklärung u. Weiterbildung“

herausgegeben vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter

sind neu erschienen:

**Heft 14: Der Weg aus der Wohnungsnot**  
Finanzierungsversuche und Möglichkeiten von Viktor Rood, Berlin

**Heft 15: Die deutsche Literatur**  
von Johannes Gut, Berlin

**Heft 16: Gewerkschaften, Industriemenchheit und Produktionschule**  
von Emil Dittmer, Berlin

**Heft 17: Gemeinwirtschaft, Sozialismus und Gewerkschaften**  
von Hermann Mattutat, Stuttgart

**Heft 18: Die internationale Gewerkschaftsbewegung**  
von Oskar Kurpat, Leipzig

Der Preis des Einzelheftes beträgt 0,40 M., für Verbandsmitglieder 0,25 M.

Die „Schriften zur Aufklärung und Weiterbildung“ sind zu beziehen durch jede Buchhandlung oder durch die  
**Abteilung Bücher und Schriften, Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter**  
Berlin SO 33, Schleifische Straße 42